



# **KREATIVES EUROPA**

## **Unterprogramm Kultur**

### **UNTERSTÜTZUNG FÜR EUROPÄISCHE KOOPERATIONSPROJEKTE 2019**

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen EACEA 34/2018**

## **LEITFADEN**

**Wichtig:** Aufgrund des kürzlich erfolgten Inkrafttretens der neuen Haushaltsordnung durch die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 (siehe Abschnitt 14.4) werden die Standardfinanzhilfvereinbarungen der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (nachstehend „die Agentur“) derzeit überarbeitet. Daher gilt die Standardfinanzhilfvereinbarung für diese Aufforderung nur als Beispiel, und die Agentur behält sich das Recht vor, in Abhängigkeit von den neuen Bestimmungen der Haushaltsordnung Änderungen vorzunehmen oder ergänzende Angaben hinzuzufügen. Die Agentur gibt die Änderungen so bald wie möglich vor Unterzeichnung der Finanzhilfvereinbarung bekannt.

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
<b>2. ZIELE UND PRIORITÄTEN</b>	<b>3</b>
2.1    Ziele	3
2.2    Schwerpunkte	4
2.3    Angestrebte Projekte	9
<b>3. ZEITPLAN</b>	<b>11</b>
<b>4. MITTELAUSSTATTUNG</b>	<b>11</b>
<b>5. ZULÄSSIGKEITSVORAUSSETZUNGEN</b>	<b>12</b>
<b>6. KRITERIEN FÜR DIE FÖRDERFÄHIGKEIT</b>	<b>12</b>
6.1    Förderfähige Antragsteller	12
6.1    Förderfähige Projekte	14
6.2    Förderfähige Aktivitäten	16
<b>7. AUSSCHLUSSKRITERIEN</b>	<b>16</b>
7.1    Ausschluss von der Teilnahme	16
7.2    Ausschluss vom Vergabeverfahren	18
7.3    Beizufügende Unterlagen	19
<b>8. AUSWAHLKRITERIEN</b>	<b>19</b>
8.1    Finanzielle Leistungsfähigkeit	19
8.2    Operative Leistungsfähigkeit	20
<b>9. VERGABEKRITERIEN</b>	<b>21</b>
<b>10. RECHTLICHE VERPFLICHTUNGEN</b>	<b>23</b>
<b>11. FINANZBESTIMMUNGEN</b>	<b>24</b>
11.1    Allgemeine Grundsätze	24
11.2    Formen der Finanzierung	26
11.3    Zahlungsmodalitäten	31
11.4    Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung	32
<b>12. BEKANNTMACHUNG</b>	<b>32</b>
12.1    Verantwortlichkeiten der Begünstigten	32
12.2    Verantwortlichkeiten der Agentur und/oder der Kommission	33
12.3    Kommunikation und Verbreitung	33
<b>13. DATENSCHUTZ</b>	<b>34</b>
<b>14. EINREICHUNG UND AUSWAHLVERFAHREN FÜR ANTRÄGE</b>	<b>35</b>
14.1    Veröffentlichung	35
14.2    Registrierung im Teilnehmerportal	35
14.3    Einreichung eines Finanzhilfeantrags	35
14.4    Geltende Rechtsvorschriften	36
14.5    Kontaktdaten	37
<b>Anhang 1 – Glossar</b>	<b>38</b>
<b>Anhang 2 – Obligatorische Dokumente – Checkliste</b>	<b>42</b>

Alle für die Antragstellung erforderlichen Unterlagen, insbesondere das Online-Antragsformular (eForm) und der Leitfaden für Antragsteller, sind verfügbar unter:

[https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de)

## **1. EINLEITUNG**

Der vorliegende Leitfaden basiert auf der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020)<sup>1</sup> und ihren Berichtigungen vom 27. Juni 2014<sup>2</sup> und vom 18. April 2018<sup>3</sup>.

Sie tragen aber auch den Prioritäten der politischen Zusammenarbeit auf Ebene der Europäischen Union (nachstehend „EU“) im Bereich Kultur Rechnung.

Die Kommission hat am 16. Mai 2018 eine neue europäische Agenda für Kultur<sup>4</sup> erlassen. Die Mitteilung beruht auf den Ergebnissen der EU-Zusammenarbeit im Rahmen der Kulturagenda 2007 und hat zum Ziel, die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen die EU steht, durch Erschließung des vollen Potenzials der Kultur, eine gerechtere, stärker integrativ ausgerichtete Union aufzubauen, in der Innovation, Kreativität und nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum gefördert werden, zu bewältigen. In der neuen Agenda werden über 25 Maßnahmen in Bezug auf fünf Dimensionen (soziale, wirtschaftliche, außenpolitische Dimension, Kulturerbe, Digital4Culture) festgelegt und eine intensive Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die politische Zusammenarbeit und die Umsetzung der politischen Ergebnisse im Rahmen gemeinsamer Projekte vorgeschlagen, darunter auch zusammen mit internationalen kulturellen Organisationen und nationalen Kultureinrichtungen in Drittländern.

Ab 2019 wird das Programm Kreatives Europa und sein Nachfolgeprogramm bei der Förderung der neuen Agenda und der Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen eine unmittelbare Rolle spielen.

Darüber hinaus wurde am 8. Juni 2016 die Gemeinsame Mitteilung „Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen“ angenommen.

Dieser politische Rahmen trägt zu einer besseren Definition und einem besseren Verständnis des politischen Rahmens, in dem das Programm Kreatives Europa (nachstehend „das Programm“) umgesetzt wird, sowie der Ziele, die mithilfe der damit gebotenen Finanzierungsmöglichkeiten letztendlich verfolgt werden, bei.

Die Europäische Kommission ist für die Umsetzung des Programms zuständig und entscheidet über die Gewährung individueller Finanzhilfen der Europäischen Union. Die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (nachstehend „die Agentur“) verwaltet die Unterprogramme Kultur und MEDIA im Namen und unter der Aufsicht der Europäischen Kommission.

Allgemeine Hintergrundinformationen über das Programm „Kreatives Europa“ sind verfügbar unter: [http://eacea.ec.europa.eu/kreatives-europa\\_de](http://eacea.ec.europa.eu/kreatives-europa_de)

## **2. ZIELE UND PRIORITÄTEN**

### **2.1 Ziele**

Das Programm Kreatives Europa verfolgt zwei allgemeine politische Ziele: Wahrung, Entwicklung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und des Kulturerbes Europas und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft. Diese Ziele werden über konkrete Ziele verfolgt: Förderung der Fähigkeit dieser Sektoren, länderübergreifend und international arbeiten zu können, Förderung der länderübergreifenden Verbreitung und Mobilität von kulturellen

<sup>1</sup> Die Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa wurde im Amtsblatt der Europäischen Union vom 20.12.2013 (ABl. L 347, S. 221) veröffentlicht.

<sup>2</sup> Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.6.2014 (ABl. L 189, S. 260).

<sup>3</sup> Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 23.04.2018 (ABl. L 103).

<sup>4</sup> Eine neue europäische Agenda für Kultur, COM(2018)267

und kreativen Werken und Künstlern, um ein neues Publikum zu erreichen; Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit kultureller und kreativer KMU und Organisationen; und Unterstützung der länderübergreifenden politischen Zusammenarbeit zur Förderung von politischer Entwicklung, Innovation, Kreativität, Publikumsentwicklung und neuer Geschäftsmodelle.

Darüber hinaus ist es aufgrund der wirtschaftlichen Herausforderungen in einer globalisierten und vernetzten Welt notwendig, Künstlern und Kulturschaffenden durch gezieltere Unterstützung dabei zu helfen, ihre Begabung zum Beruf zu machen und von ihrer Kunst zu leben. Mit der wirtschaftlichen Dimension ist auch der gesellschaftliche Wert von Kultur und Kunst verbunden. Die Kultursektoren geben Aufschluss darüber, was Europa ausmacht, und vermitteln ein sozio-kulturelles Landschaftsbild, das weit über nationale Grenzen hinausreicht und diese über seinen Pluralismus und die Vielfalt der Ausdrucksformen verbindet. Dies ist angesichts der Herausforderungen, vor denen das europäische Integrationsprojekt derzeit steht, von größter Bedeutung.

Auf dieser Grundlage werden mit der Förderung für europäische Kooperationsprojekte folgende zentrale Ziele verfolgt:

- Stärkung der Fähigkeit der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft, länderübergreifend und international zu arbeiten, sowie Förderung der länderübergreifenden Verbreitung kultureller und kreativer Werke und der grenzüberschreitenden Mobilität von Kultur- und Kreativakteuren, insbesondere Künstlern;
- Beitrag zur Publikumsentwicklung, indem neue und innovative Wege für die Interaktion mit dem Publikum beschritten werden, und Verbesserung des Zugangs zu kulturellen und kreativen Werken in der Union und darüber hinaus, mit besonderem Schwerpunkt auf Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und unzureichend vertretenen Gruppen;
- Beitrag zu Innovation und Kreativität im Bereich Kultur, beispielsweise durch die Erprobung neuer Geschäftsmodelle und die Förderung von innovativen Übertragungseffekten auf andere Sektoren.

## **2.2 Schwerpunkte**

Zur Erreichung dieser Ziele hat die Maßnahme folgende Schwerpunkte:

- Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden mit dem Ziel, sie für eine internationale Zusammenarbeit und den Aufbau einer internationalen Karriere zu befähigen;
- Stärkung der Publikumsentwicklung als eine Möglichkeit, den Zugang zu europäischen kulturellen und kreativen Werken und materiellem und immateriellem Kulturerbe zu verbessern und den Zugang von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und unzureichend vertretenen Gruppen zu kulturellen Werken auszuweiten;
- Förderung des Kapazitätsaufbaus durch innovative Ansätze für die Schaffung, Entwicklung und Erprobung neuer und innovativer Einnahmen-, Management- und Marketingmodelle für den Kulturbereich, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung, sowie Entwicklung neuer Kompetenzen für Kulturschaffende;
- Verbesserung des interkulturellen Dialogs, Förderung gemeinsamer europäischer Werte sowie des gegenseitigen Verständnisses und der Achtung anderer Kulturen, wodurch ein Beitrag zur sozialen Integration von Migranten und Flüchtlingen geleistet wird;
- als Vermächtnis für das Europäische Jahr des Kulturerbes Sensibilisierung für die

gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte und Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu einem gemeinsamen europäischen Raum.

Diese Schwerpunkte werden nachstehend in Gruppen (A, B, C1, C2, C3, D und E) unterteilt und näher beschrieben.

Die geförderten Projekte umfassen daher eine fundierte Strategie und eine ausführliche Beschreibung dessen, wie einer oder mehrere dieser Schwerpunkte umgesetzt werden sollen. Antragsteller können bei der Einreichung ihrer Anträge über das Online-Anmeldesystem gemäß Abschnitt 14 höchstens drei dieser Prioritäten anklicken, die für ihr Projekt am wichtigsten sind, und diese ausgewählten Prioritäten ihrer Bedeutung nach einstufen.

Neben den wichtigsten Merkmalen des Programms sollen die geförderten Projekte in Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip außerdem dazu beitragen, einen europäischen Mehrwert gemäß der Definition in Artikel 5 der Verordnung Nr. 1295/2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa zu schaffen.

#### **A) Länderübergreifende Mobilität**

Länderübergreifende Mobilität erleichtert die Freizügigkeit von Künstlern und Kulturakteuren über nationale Grenzen hinweg und soll sie in die Lage versetzen, international zusammenzuarbeiten und eine internationale Karriere aufzubauen. Sie fördert ferner die länderübergreifende Verbreitung kultureller und kreativer Werke. Ziel dieses Schwerpunkts ist es, den Kulturaustausch, den Dialog zwischen Kulturen und Religionen und das Verständnis für kulturelle Vielfalt und soziale Eingliederung zu fördern.

Die länderübergreifende Mobilität ist in die Kooperationsprojekte eingebunden. Dabei muss es jedoch um weit mehr als um die reine Koordinierung, Verwaltung und Umsetzung eines Projekts gehen. Bei Mobilität geht es um Ergebnisse und die Schaffung neuer Synergien und nicht nur um das Überschreiten von Grenzen.

Bei Projekten, die sich mit diesem Schwerpunkt befassen, muss eine wirklich länderübergreifende Mobilitätsstrategie entwickelt und beschrieben werden, die u. a. folgende Ziele verfolgt:

- Aufbau von Kapazitäten für die am Projekt beteiligten Kulturakteure, damit sie grenzüberschreitend und international arbeiten können;
- Schaffung und/oder Produktion;
- Verbesserung der beruflichen Kompetenzen, Peer Learning, Aus- und Weiterbildung;
- Aufstiegschancen für Künstler und im Kunst- und Kultursektor Tätige, damit sie länderübergreifend und international arbeiten können;
- Zugang zu neuen Märkten;
- Schaffung von Möglichkeiten zur Vernetzung, Aufbau von Partnerschaften und Kontakten;
- Erreichen neuer und größerer Publikumskreise;
- Anstoß für den interkulturellen und interreligiösen Dialog, Respekt für kulturelle Vielfalt und kulturelle Ausdrucksformen und Förderung der Integration von Flüchtlingen.

Bei Partnerschaften mit Betreibern von außerhalb der EU sollte dem Konzept der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU gemäß Beschreibung in der europäischen Kulturagenda in Abschnitt 1<sup>5</sup> Rechnung getragen werden.

---

<sup>5</sup> [https://ec.europa.eu/culture/sites/culture/files/commission\\_communication\\_-\\_a\\_new\\_european\\_agenda\\_for\\_culture\\_2018.pdf](https://ec.europa.eu/culture/sites/culture/files/commission_communication_-_a_new_european_agenda_for_culture_2018.pdf)

## **B) Publikumsentwicklung**

Publikumsentwicklung<sup>6</sup> bedeutet, Menschen und Kultur näher zusammenzubringen. Damit sollen Menschen und Gemeinschaften unmittelbar dazu angeregt werden, Kunst und Kultur zu erleben, zu genießen und wertzuschätzen. Bei der Publikumsentwicklung geht es weniger darum, etwas für das Publikum zu tun, sondern vielmehr, etwas zusammen mit dem Publikum zu tun.

Publikumsentwicklung ist eine wichtige Priorität im Programm Kreatives Europa, die europäischen Künstlern und Kulturschaffenden und ihren Werken dabei hilft, möglichst viele Menschen in Europa zu erreichen und den Zugang zu kulturellen Werken und Ausstellungen zu verbessern, mit besonderem Schwerpunkt auf Kindern, jungen Menschen, Menschen mit Behinderungen und unzureichend vertretenen Gruppen, einschließlich Flüchtlingen.

Bei der Entwicklung einer Strategie für die Publikumsentwicklung könnte das Ziel lauten, die Publikumskreise zu erweitern, diese zu diversifizieren und/oder die Beziehung zu bestehenden Publikumskreisen zu vertiefen (oder eine Kombination daraus). Antragsteller sollten ihr derzeitiges Publikum kennen und wissen, welche Zielgruppen sie erreichen wollen. Publikumsentwicklung sollte fester Bestandteil des Projekts sein – über die Einbindung des Publikums in die Planung, Produktion, partizipative Kunst, den physischen Dialog, die Interaktion über soziale Medien, Freiwilligenarbeit oder kreative Partnerschaften mit anderen Sektoren (Gesundheit, Bildung, Einzelhandel usw.).

Die Umsetzung einer Strategie zur Publikumsentwicklung setzt typischerweise voraus, dass die Mitarbeiter geschult und ihnen spezielle Aufgaben der Publikumsentwicklung zugewiesen werden. Schulungen sollten einen wesentlichen Teil einer solchen Strategie ausmachen. Außerdem sollten Antragsteller vor Erarbeitung einer Strategie Recherchen betreiben und versuchen, Segmentierungsmodelle anzuwenden. Die Überwachung der Fortschritte und Erfolge der Aktivitäten zur Publikumsentwicklung, u. a. durch Einholung und Vergleichen von Feedback vom Publikum (formell oder informell), ist ein bewährtes Verfahren.

Dabei können folgende Richtungen eingeschlagen werden:

- Projekte, die sich mit der Schaffung von Kompetenzen zur Publikumsentwicklung für Kulturschaffende und Künstler als eines ihrer wichtigsten Ziele befassen;
- Projekte, die mit Gemeinschaftskreationen („Co-Creations“), Koproduktionen, Tourneen usw. verbunden sind und auf einer klaren Strategie für die Publikumsentwicklung begleitend zum Projekt beruhen, damit sie sich nicht nur auf die „Angebotsseite“, sondern auch auf die „Nachfrageseite“ beziehen, um auf diese Weise zu gewährleisten, dass die Aktivitäten die größtmögliche Wirkung erzielen, und
- zu verlangen, dass bei Projekten, die mit einem Aufenthalt oder mit einem Austauschprogramm für Künstler und Kulturakteure verbunden sind, versucht wird, mit den Gemeinschaften und dem Publikum vor Ort in Interaktion zu treten, anstatt ihre Mobilitätserfahrung auf ihre unmittelbaren Kollegen zu beschränken.

## **C) Aufbau von Kapazitäten**

Der Aufbau von Kapazitäten hilft Kulturakteuren bei der Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen, damit sie einfacher internationale Chancen wahrnehmen und die Voraussetzungen für eine umfassendere länderübergreifende Verbreitung kultureller und kreativer Werke und für die grenzüberschreitende Vernetzung geschaffen werden können. Dies kann auf höchst unterschiedliche Weise erfolgen; drei der wichtigsten Möglichkeiten werden nachstehend beschrieben, wobei jede von ihnen einen eigenen Programmschwerpunkt darstellt.

---

<sup>6</sup> Die Europäische Kommission hat eine Studie zum Thema Publikumsentwicklung veröffentlicht, die abgerufen werden kann unter: [https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/news/20170421-new-study-audience-development\\_en](https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/news/20170421-new-study-audience-development_en)

### **C.1) Digitalisierung**

Die Digitalisierung hat sehr starken Einfluss auf die Art, wie kulturelle und kreative Produkte hergestellt, verbreitet, zugänglich gemacht, konsumiert und monetarisiert werden. Diese Veränderungen bieten für die Kultur- und Kreativwirtschaft vielfältige Möglichkeiten. Um diese Möglichkeiten zu nutzen, muss die Kultur- und Kreativwirtschaft neue Fertigkeiten für neue Produktions- und Vertriebsmethoden und neue Geschäftsmodelle entwickeln.

Das Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa fördert daher länderübergreifende Projekte, damit sich die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft auf die Digitalisierung einstellen können, und unterstützt die Nutzung digitaler Technologien von der Produktion über den Vertrieb bis zum Konsum. Zu den Aktivitäten können die Organisation von Workshops, die Erprobung neuer Vertriebskanäle über digitale Medien oder die Entwicklung von Werkzeugen für die Digitalisierung kultureller Inhalte gehören. Diese – und andere – Aktivitäten werden in den meisten Fällen eng mit der Publikumsentwicklung oder neuen Geschäftsmodellen verknüpft sein. Antragsteller sollten dieser Verknüpfung Rechnung tragen und das Hauptziel der Maßnahme erläutern.

Projekte, bei denen diese Priorität im Mittelpunkt steht, sollten auf einem innovativen Ansatz beruhen und über die reine Digitalisierung der Inhalte hinausreichen.

### **C.2) Neue Geschäftsmodelle**

Die Chancen, die sich durch die neuen Technologien ergeben, erfordern die Entwicklung und Erprobung neuer Umsatz-, Management- und Vermarktungsmodelle für die Kultursektoren. Zugleich sollten Kultur- und Kreativakteure ihr finanzielles und unternehmerisches Wissen ausbauen, damit sie besser auf dem Markt bestehen und die Finanzierungsmöglichkeiten, die sich mit den finanziellen Rahmenbedingungen ändern, uneingeschränkt nutzen können.

Das Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa fördert länderübergreifende Projekte, bei denen die unternehmerischen Fähigkeiten von Kultur- und Kreativakteuren gestärkt werden, damit sie das im Wandel begriffene wirtschaftliche Umfeld besser verstehen und neue Einkommensquellen erschließen bzw. neue Managementmodelle ausfindig machen können, die ihre Leistungsfähigkeit steigern und mit niedrigeren Kosten verbunden sind. Dies könnte (die Liste ist nicht erschöpfend) die Organisation von Workshops, die Schaffung von Räumen für die Zusammenarbeit und für Gemeinschaftskreationen („Co-Creations“), die Entwicklung und Erprobung neuer Geschäfts- und Managementkonzepte und andere Aktivitäten in Verbindung mit den unternehmerischen Fähigkeiten für die Kultur- und Kreativwirtschaft umfassen.

Antragsteller sollten diese engen Zusammenhänge zwischen dieser Priorität und den anderen Schwerpunkten (Digitalisierung und Publikumsentwicklung) nicht außer Acht lassen und ihr vorrangiges Ziel sowie die Auswirkungen der Maßnahme auf die anderen Prioritäten definieren.

### **C.3) Aus- und Weiterbildung**

Menschen in die Lage zu versetzen, neue Fertigkeiten zu erwerben, die ihr Erwerbsleben bereichern und ihnen neue Wege auf den Arbeitsmarkt eröffnen, ist eine der wesentlichen Prioritäten der EU-Maßnahme. Selbstverständlich sind die Aus- und Weiterbildung im künstlerischen und kulturellen Bereich fester Bestandteil dieser Initiative.

Das Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa fördert länderübergreifende Projekte, die den Teilnehmern die Möglichkeit bieten, neue Fertigkeiten zu erwerben und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern, und zwar entweder über formales Lernen an anerkannten Einrichtungen, die an den Projekten teilnehmen, oder über nicht formale Aktivitäten, die auf künstlerisches Lernen oder auf soziale Kompetenz („Soft Skills“) im Kultur- und Kunstsektor ausgerichtet sind.

Die logische Verknüpfung dieser Priorität mit den übrigen Schwerpunkten ist ein vorbildliches Verfahren und muss bei der Beantragung verständlich erklärt werden.

#### **D) Interkultureller Dialog und soziale Integration von Migranten und Flüchtlingen**

Interkultureller Dialog besteht darin, dass das gegenseitige Verständnis und die Achtung anderer Kulturen gefördert werden, wodurch auch ein Beitrag zur sozialen Integration von Migranten und Flüchtlingen geleistet wird.

Das Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa fördert länderübergreifende Projekte zur Förderung des interkulturellen Dialogs und der kulturellen Vielfalt<sup>7</sup>. Interkultureller Dialog setzt kulturelle Vielfalt voraus und bietet ein wirksames Instrument für die Vernetzung von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Interessen und Perspektiven und versetzt sie in die Lage, sich gemeinsam zu orientieren; er stellt eine Möglichkeit für die Einbindung von Migranten und Flüchtlingen und „für die Verbesserung ihrer Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben“ dar.

Mit dem Projekt sollen die Integration von Flüchtlingen in das europäische Umfeld erleichtert, das gegenseitige kulturelle Verständnis verbessert und der interkulturelle und interreligiöse Dialog sowie Toleranz und die Achtung anderer Kulturen gefördert werden.

Projekte können Lernplattformen im weiteren Sinne vorschlagen und die Darstellung und Gemeinschaftskreationen von kulturellen Werken in ganz Europa unterstützen.

Für eine reibungslose und erfolgreiche Integration von Flüchtlingen und Migranten in diese Aktivitäten wird ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie diese Zielgruppen in das Projekt und seine Maßnahmen eingebunden werden.

Es wird angeregt, Organisationen, die im Bereich der sozialen oder pädagogischen Integration von Flüchtlingen und Migranten tätig sind und über entsprechende Fachkompetenz verfügen, (als assoziierte Partner) einzubinden.

#### **E) Vermächtnis des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018**

Ziel des Europäischen Jahres des Kulturerbes<sup>8</sup> 2018 war u. a. die Sensibilisierung für die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte und die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu einem gemeinsamen europäischen Raum.

Als Vermächtnis dieses Kulturjahres fördert das Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa länderübergreifende Projekte zur Förderung des Kulturerbes als Quelle der Inspiration für die zeitgenössische Kreation und Innovation und verstärkt die Wechselbeziehungen zwischen dem Kulturerbesektor und anderen Bereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Projekte machen deutlich, wie wichtig es ist, das kulturelle Erbe Europas als Ressource von den früheren an die künftigen Generationen weiterzugeben.

Die Projekte verfolgen nach Möglichkeit einen integrativen und partizipativen Ansatz, stellen das Publikum und die Projektbegünstigten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten und beziehen sie in deren

---

<sup>7</sup> Die Europäische Kommission hat eine Studie zum Thema „*How culture and the arts can promote intercultural dialogue in the context of the migratory and refugee*“ veröffentlicht, die unter folgendem Link abrufbar ist: [https://ec.europa.eu/culture/news/2017/new-report-arts-culture-context-migratory-refugee-crisis\\_en](https://ec.europa.eu/culture/news/2017/new-report-arts-culture-context-migratory-refugee-crisis_en)

<sup>8</sup> Die Europäische Kommission hat eine Studie zum Thema „*Participatory governance of cultural heritage*“ veröffentlicht, die abgerufen werden kann unter: <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/b8837a15-437c-11e8-a9f4-01aa75ed71a1/language-en>



Konzeption und/oder Umsetzung ein. Im Vordergrund sollten dabei junge Menschen und schwer erreichbare Gruppen stehen.

### 2.3 Angestrebte Projekte

Beispiele für die Art von Projekten, die im Rahmen dieser Aufforderung gefördert werden können, die jedoch lediglich der Veranschaulichung dienen, sind u. a. Folgende (die Liste ist nicht erschöpfend):

- Austausch von Kulturakteuren mit dem Ziel des **Kapazitätsaufbaus**, damit diese die Fähigkeiten und das Know-how erwerben können, die zur Anpassung an das sich verändernde Umfeld benötigt werden (Digitalisierung, neue Geschäfts- und Managementmodelle, neue Ansätze im Hinblick auf die Publikumsentwicklung, Unterstützung kleiner Organisationen bei der Entwicklung der Unternehmensreife, damit sie Bankdarlehen aufnehmen können). Dazu können Schulungen, Workshops, die Erstellung von zweckgebundenen Materialien, Websites usw. zählen.
- Länderübergreifender Austausch von Kulturakteuren, einschließlich längeren Aufenthalten und „Residenzen“, durch den Künstler/im Kulturbereich Tätige die Entwicklung ihrer Laufbahn vorantreiben. Zu den Aktivitäten während dieser Aufenthalte kann künstlerisches Schaffen einschließlich von Gemeinschaftskreationen und Koproduktionen zählen, das anschließend in Form eines Auftritts oder einer Ausstellung vorgestellt und über eine Tournee in unterschiedlichen Ländern gezeigt wird. So weit wie möglich sollten diese Aktivitäten auch Schulungen und Tätigkeiten zur Publikumsentwicklung und zur Interaktion mit lokalen Gemeinschaften beinhalten, z. B. Bemühungen, in der Regel unzureichend vertretene Gruppen wie Flüchtlinge zu erreichen.
- Das Zusammenkommen von kulturellen Organisationen (z. B. Konzertsäle, Opernhäuser, Theater, Festivals, Orchester, Musikgruppen, Theaterensembles usw.) aus verschiedenen Ländern, um Koproduktionen durchzuführen und/oder an verschiedenen Orten/bei unterschiedlichen Veranstaltungen in verschiedenen Ländern oder aber bei einer einzigen Veranstaltung aufzutreten oder zu touren, sofern diese Veranstaltung eine große und anerkannte internationale Reichweite mit der Fähigkeit besitzt, in anderen Ländern einen Multiplikatoreffekt auszuüben. Zu den **Koproduktionen** können auch neue oder avantgardistische Werke zählen. Es müssen auch Aktivitäten zu Werbezwecken und zur **Publikumsentwicklung** beinhaltet sein, um ein größeres Publikum anzuziehen, dem Publikum komplexe Werke zugänglich zu machen und den Zugang auf unzureichend vertretene Gruppen auszuweiten. Die Aktivitäten sollten Künstler/im Kulturbereich Tätige in ihrer Laufbahn fördern, Künstler und Werke ein größeres Publikum in Europa und darüber hinaus erreichen lassen, zur Verlängerung der Laufzeit von Produktionen beitragen und den Organisationen dazu dienen, eine nachhaltige Kooperation mit neuen Partnern in anderen Ländern sowie neue berufliche Chancen aufzubauen.
- **Transnationaler Austausch** von Artefakten mit einer besonderen europäischen Dimension: Damit werden nicht notwendigerweise neue Werke geschaffen, aber es wird möglicherweise die Verbreitung neuer und vorhandener Werke unterstützt, z. B. durch Ausstellungen, die zwischen den unterschiedlichen Partnern wechseln, oder indem ein Museum in einem Land Ausstellungsstücke als Leihgabe an Museen in anderen Ländern weitergibt, wobei besonderes Augenmerk darauf liegt, das Publikum für diese Werke zu vergrößern und auszuweiten und die Lebensdauer der Ausstellungen zu verlängern.
- Kulturelle Aktivitäten, mit denen die **Integration von Flüchtlingen** in Europa gefördert werden soll, indem sie EU-Bürgern und Flüchtlingen die Gelegenheit bieten, zusammen zu arbeiten, zu entdecken, voneinander zu lernen und die Werte und Kulturen beider Bevölkerungsgruppen zu verstehen, und dies in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Strukturen, die bereits mit Flüchtlingen arbeiten. Projekte können gemeinsame Kreationen

und Aufführungen beispielsweise von Theater-, Musik- und audiovisuellen Werken und Straßentheater fördern und dabei Aspekte wie Sprache, Gender und rechtliche Fragen, Mobilität und Besonderheiten der Zielpopulation berücksichtigen. Projekte sollten herausfinden, welche spezifischen künstlerischen Fähigkeiten Flüchtlinge mitbringen, ihre Talente nutzen und ihre Fähigkeit für eine bessere Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt stärken.

- Die übergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Arten von Organisationen des Kulturerbes (etwa Museen, Bibliotheken, Filmarchive, Erbestätten, zivilgesellschaftliche Organisationen usw.), Kulturorganisationen und/oder anderen Beteiligten im Kulturerbesektor, die zusammenkommen, um Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des Austauschs bewährter Vorgehensweisen bei der Zusammenarbeit im Rahmen kreativer Experimente und des Dialogs zwischen dem Kulturerbesektor und anderen Bereichen der Kreativwirtschaft zu erarbeiten; Förderung der innovativen Wiederverwendung des kulturellen Erbes, darunter auch für zeitgenössische Kreationen, Interventionen im historischen Umfeld und Nutzung von digitalen Inhalten des kulturellen Erbes durch die Kreativwirtschaft; außerdem Förderung und Ausbau von Kultur und Kreativität mit dem Ziel, das kulturelle Erbe besser zu erhalten, zu präsentieren und zu interpretieren und dabei das Potenzial der Kreativwirtschaft zur Verbesserung des Angebots an kulturellen Dienstleistungen über neue Dienstleistungen mit einer höheren Wertschöpfung zu nutzen.
- Zu diesen Aktivitäten können unterschiedliche Formen des Austauschs und der Zusammenarbeit sowie Peer-Learning-Aktivitäten zwischen Akteuren aus dem Bereich Kulturerbe, Künstlern und Kulturschaffenden bei gemeinsamen Projekten gehören, die das kulturelle Erbe aus zeitgenössischen Blickwinkeln erkunden, darunter Kunstinstallationen im öffentlichen Raum oder innovative Kunstprojekte in der Umgebung von Erbestätten, und dadurch Hilfestellung für Gemeinschaften bieten, ihre Umgebung neu zu erfahren, zu verstehen und zu genießen und dabei gleichzeitig die Integrität und Authentizität der Stätten zu wahren. Die Aktivitäten sollten Organisationen des Kulturerbes dabei helfen, ihren Aktivitäten eine europäische Dimension zu verleihen, eine nachhaltige Zusammenarbeit mit neuen Partnern in anderen Ländern anzubahnen und breitere Publikumskreise zu erreichen. Die Reichweite solcher Instrumente lässt sich durch die Verbreitung vorbildlicher Praktiken und durch Empfehlungen und deren Verbreitung auf nationaler oder europäischer Ebene um ein Vielfaches vergrößern.
- Kulturelle Aktivitäten und/oder Ausstellungen und/oder Aufführungen, die durch verschiedene europäische Regionen und Länder reisen und in deren Mittelpunkt die Erkundung, Dokumentation, Verbreitung und Stärkung unterrepräsentierter Aspekte des europäischen kulturellen Erbes sowie Aktivitäten stehen, mit denen positive Werte wie Versöhnung, gegenseitige Achtung, Dialog und interkulturelles Verständnis gefördert werden.

### 3. ZEITPLAN

Der vorläufige Zeitplan für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gestaltet sich wie folgt:

#### Für Kategorie 1 und 2 – Kooperationsprojekte von kleinerem und größerem Umfang:

Veröffent- lichung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	Antragsfrist	Bewertungs- zeitraum	Benachrich- tigung der Antragsteller	Unterzeich- nung der Finanz- hilfeverein- barungen	Beginn der Maßnahme
<b>Oktober 2018</b>	<b>11. Dezember 2018 – 12.00 Uhr (Ortszeit Brüssel)</b>	<b>6 Monate</b>	<b>Juni 2019</b>	<b>Juli - September 2019</b>	<b>1. September bis 15. Dezember 2019</b>

### 4. MITTELAUSSTATTUNG

Für die Kofinanzierung von Projekten werden zweckgebundene Mittel in Höhe von insgesamt 44 659 800 EUR veranschlagt. Um eine angemessene Vertretung kleinerer Kooperationsprojekte (Kategorie 1) zu sichern, ist hierfür vorläufig ein Betrag von 17,8 Mio. EUR vorgesehen ( $\pm 40$  % des Gesamthaushalts der Maßnahme).

Angesichts der Politik und der Prioritäten der Europäischen Kommission sollten rund 25 % des für kleinere Kooperationsprojekte bereitgestellten Betrags in qualitative Projekte einfließen, bei denen die soziale Eingliederung von Migranten und Flüchtlingen (gemäß Schwerpunkt D laut Beschreibung in Abschnitt 2) im Vordergrund steht.

Der Betrag gilt vorbehaltlich der Verfügbarkeit der im Haushaltsentwurf für 2019 vorgesehenen Mittel, nachdem die Haushaltsbehörde den Haushaltsplan 2019 festgestellt hat.

Der Finanzbeitrag der EU darf folgende Werte nicht übersteigen:

- **für Kategorie 1** - Kooperationsprojekte von kleinerem Umfang: **60 %** der förderfähigen Kosten,
- **für Kategorie 2** - Kooperationsprojekte von größerem Umfang: **50 %** der förderfähigen Kosten

Der verbleibende Betrag ist von den Antragstellern zu beschaffen.

Die Agentur behält sich vor, nicht alle verfügbaren Mittel zu vergeben.

## 5. ZULÄSSIGKEITSVORAUSSETZUNGEN

Die Anträge müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie müssen spätestens zu dem in Abschnitt 3 des vorliegenden Leitfadens<sup>9</sup> genannten Termin für die Einreichung von Anträgen eingehen.
- Sie müssen schriftlich (siehe Abschnitt 14 des vorliegenden Leitfadens) und unter Verwendung des Online-Antragsformulars und des elektronischen Einreichungssystems eingereicht werden, das abrufbar ist unter <https://eacea.ec.europa.eu/PPMT/>.
- Sie müssen in einer der Amtssprachen der EU verfasst sein.

Handschriftliche Anträge werden nicht berücksichtigt.

Dem Antragsformular sind ein **ausgeglichener Finanzierungsplan** und **alle weiteren im Antragsformular aufgeführten Unterlagen** beizufügen.

**Anträge, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden abgelehnt.**

Um einen Antrag einzureichen, müssen die Antragsteller (Projektleiter und Partner) ihren Teilnehmeridentifikationscode (Participant Identification Code, PIC) im Antragsformular angeben. Zum Erhalt des PIC ist die Registrierung der Organisationen im einheitlichen Registrierungssystem (Unique Registration Facility, URF) über das Teilnehmerportal Bildung, Audiovisuelles, Kultur, Bürgerschaft und Freiwilligenarbeit erforderlich. Das einheitliche Registrierungssystem wird auch von anderen Dienststellen der Europäischen Kommission genutzt. Wenn ein Antragsteller (Projektleiter und Partner) bereits einen PIC hat, der im Rahmen anderer Programme (z. B. der Forschungsprogramme) verwendet wurde, so gilt dieser PIC auch für die vorliegende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen.

Über das Teilnehmerportal können Antragsteller (Projektleiter und Partner) Angaben zu ihrer Rechtsform machen oder aktualisieren und dazu die erforderlichen rechts- und finanzbezogenen Unterlagen hochladen.

Weitere Informationen finden Sie in Abschnitt 14.2.

## 6. KRITERIEN FÜR DIE FÖRDERFÄHIGKEIT

Anträge, die die folgenden Kriterien erfüllen, werden einer ausführlichen Bewertung unterzogen.

### 6.1 Förderfähige Antragsteller

#### 6.1.1

Die **Antragsteller** (Projektleiter und Partner) **müssen** gemäß Definition in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa<sup>10</sup> **im Kultur- und Kreativsektor tätige europäische Kulturschaffende sein** und rechtmäßig in einem der am Unterprogramm Kultur teilnehmenden Länder niedergelassen sein. Aus Gründen der Klarheit sollten Kulturschaffende im Zusammenhang mit dieser Aufforderung (anhand

<sup>9</sup> Bitte beachten Sie, dass das elektronische Formular (eForm) validiert und vor Ablauf der Frist eingereicht werden muss (vergewissern Sie sich, dass Sie eine Eingangsnummer und per E-Mail eine Empfangsbestätigung für die Einreichung Ihres Antrags erhalten haben). Vergewissern Sie sich, dass Sie mit dem Näherücken der Frist im Fall von technischen Problemen vor Ablauf der Frist (siehe Leitfaden für Antragsteller) Unterstützung beantragen. Anträge, die nicht fristgerecht oder in einer anderen Form als der Einreichung des elektronischen Formulars online eingereicht werden, werden automatisch abgelehnt. Ausnahmen sind nicht möglich.

<sup>10</sup> Die Rechtsgrundlage kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R1295&from=DE>

ihrer Satzung/ihrer Gesellschaftsvertrags, Tätigkeitsberichten usw.) nachweisen können, dass ihre Kern-/Haupttätigkeit auf die Kreativ- und Kulturwirtschaft gemäß Definition in der vorstehend genannten Verordnung ausgerichtet ist.

### 6.1.2

Bei der Einreichung des Antrags muss der **Projektleiter nachweisen können, dass er zum Zeitpunkt der** in Abschnitt 3 des vorliegenden Leitfadens **genannten Einreichungsfrist bereits seit mindestens zwei Jahren als juristische Person** (mit demselben Namen und Rechtsstatus) **existiert**. Aus Gründen der Klarheit muss die Rechtspersönlichkeit im Zusammenhang mit dieser Aufforderung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften in dem Land, in dem sie eingetragen ist, begründet worden sein.

Natürliche Personen können im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen weder als Projektleiter noch als Partner einen Antrag auf Finanzhilfe stellen.

### 6.1.3

Förderfähig sind ausschließlich Anträge juristischer Personen, die in einem der **folgenden Länder** niedergelassen und offiziell registriert sind:

1. EU-Mitgliedstaaten sowie überseeische Länder und Gebiete, die zur Teilnahme an dem Programm gemäß Artikel 58 des Beschlusses 2001/822/EG des Rates<sup>11</sup> berechtigt sind;
2. Beitritts-, Kandidaten- und potenzielle Kandidatenländer, die von einer Heranführungsstrategie profitieren, in Einklang mit den allgemeinen, in Rahmenabkommen, Assoziationsratsbeschlüssen oder ähnlichen Übereinkünften festgelegten Grundsätzen und Bedingungen für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen;
3. Länder der EFTA, die Mitglied des EWR-Abkommens sind, gemäß jenem Abkommen;
4. die Schweizerische Eidgenossenschaft gemäß einem bilateralen Abkommen;
5. Länder, die von der Europäischen Nachbarschaftspolitik abgedeckt werden, gemäß den Verfahren, die in den Rahmenvereinbarungen für die Teilnahme an Unionsprogrammen mit diesen Ländern festgelegt wurden.

*Für britische Antragsteller:* Bitte beachten Sie, dass die Förderfähigkeitskriterien während der gesamten Laufzeit der Finanzhilfe erfüllt sein müssen. Tritt das Vereinigte Königreich während der Laufzeit der Finanzhilfe aus der EU aus, ohne eine Vereinbarung mit der EU zu treffen, die insbesondere sicherstellt, dass britische Antragsteller weiterhin förderfähig sind, wird die Zahlung von EU-Mitteln an Sie eingestellt (wobei Sie jedoch nach Möglichkeit weiterhin am Projekt teilnehmen), oder Sie müssen sich gemäß Artikel II. 16.3.1(a) der Finanzhilfevereinbarung aus dem Projekt zurückziehen.

Die Agentur kann Vorschläge von Antragstellern (Projektleiter und Partner) aus Nicht-EU-Ländern auswählen, sofern bis zur Vergabeentscheidung Abkommen betreffend die Vereinbarungen über die Teilnahme dieser Länder an dem Programm geschlossen und notifiziert wurden, das gemäß der vorstehend genannten Verordnung eingerichtet wurde.

**Eine aktualisierte Liste der Länder, die an dem Programm Kreatives Europa teilnehmen können** (diejenigen, die die in Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 genannten Bedingungen erfüllen), **sowie der Länder, die in naher Zukunft förderfähig werden** (diejenigen, mit denen die Kommission Verhandlungen aufgenommen hat), **ist abrufbar unter:**

[https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/library/eligibility-organisations-non-eu-countries\\_en](https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/library/eligibility-organisations-non-eu-countries_en)

---

<sup>11</sup> Beschluss 2001/822/EG des Rates vom 27. November 2001 über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Gemeinschaft („Übersee-Assoziationsbeschluss“) (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1).

Wenn der Projektleiter die in dieser Aufforderung in Abschnitt 6.1 definierten Förderfähigkeitskriterien nicht erfüllt, wird der gesamte Antrag für nicht förderfähig befunden.

## 6.2 Förderfähige Projekte

**Antragsteller müssen sich je nach Umfang, Bedarf, Art, Zielen und Prioritäten des Projekts entscheiden, ihren Antrag entweder im Rahmen von Kategorie 1 – Kooperationsprojekte von geringerem Umfang – ODER Kategorie 2 – Kooperationsprojekte von größerem Umfang – einzureichen.**

**Ein Projekt kann jedoch auf jeden Fall nur in einer Kategorie eingereicht werden.**

Es ist zu beachten, dass der Projektleiter **nur einmal jährlich einen Antrag nur in einer einzigen Kategorie stellen kann, also entweder in Kategorie 1 oder Kategorie 2.** Daher kann der Projektleiter im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen nicht zwei Anträge einreichen.

Ein Antragsteller, der als Projektleiter entweder in Kategorie 1 oder Kategorie 2 einen Antrag stellt, kann bei mehreren anderen Projekten, die von einem anderen Projektleiter entweder für Kategorie 1 oder Kategorie 2 präsentiert werden, Partner sein.

### **Kategorie 1 – Kooperationsprojekte von geringerem Umfang**

Unter diese Kategorie fallen Projekte

- mit einem **förderfähigen Projektleiter** und mindestens **zwei weiteren förderfähigen Partnern**, die ihren Sitz in mindestens **drei verschiedenen** am Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa teilnehmenden Ländern haben. Entweder der Projektleiter oder einer der Partner muss seinen Sitz in einem der in den Absätzen 1 oder 3 von Abschnitt 6.1.1 genannten Länder haben;
- für die ein Antrag auf eine EU-Finanzhilfe in Höhe von maximal **200 000 EUR** (maximal **60 %** der förderfähigen Finanzmittel insgesamt) gestellt wird.

### **Kategorie 2 – Kooperationsprojekte von größerem Umfang**

Unter diese Kategorie fallen Projekte

- mit einem **förderfähigen Projektleiter** und mindestens **fünf weiteren förderfähigen Partnern**, die ihren Sitz in mindestens **sechs verschiedenen** am Unterprogramm Kultur des Programms Kreatives Europa teilnehmenden **Ländern** haben. Entweder der Projektleiter oder einer der Partner muss seinen Sitz in einem der in den Absätzen 1 oder 3 von Abschnitt 6.1 genannten Länder haben;
- für die ein Antrag auf eine EU-Finanzhilfe in Höhe von maximal **2 000 000 EUR** (maximal **50 %** der förderfähigen Finanzmittel insgesamt) gestellt wird.

Eine Organisation kann Projektleiter nur EINES laufenden geförderten Coop 2-Projekts sein. Dies bedeutet, dass im Fall der Auswahl ein Projektleiter eines laufenden Coop 2-Projekts gewährleisten muss, dass es beim Förderzeitraum keine Überschneidung zwischen dem laufenden geförderten Projekt und dem neu beantragten Projekt gibt.

Im Rahmen des Programms Kreatives Europa werden keine Projekte mit pornografischem oder rassistischem Inhalt oder Projekte, in denen Gewalt befürwortet wird, gefördert.

Zur Beurteilung der Förderfähigkeit der Antragsteller sind die folgenden **Nachweise** (weitere Informationen siehe Anhang 2) **zu erbringen**:

- **Private Einrichtung:** Auszug aus dem Amts- oder Gesetzblatt, Kopie der Satzung, Auszug aus dem Handels- oder Vereinsregister, Nachweis über die Umsatzsteuerpflicht (sind Handelsregister- und Umsatzsteuernummer identisch, wie dies in einigen Ländern der Fall ist, wird nur eines dieser Dokumente benötigt).
- **Öffentliche Einrichtung:** Kopie der Entschließung oder Entscheidung zur Gründung des öffentlichen Unternehmens oder ein anderes amtliches Dokument zur Gründung der öffentlich-rechtlichen Einrichtung.
- Der Projektleiter reicht den Antrag im Namen aller Partner bei der Agentur ein. Daher müssen die Anträge **Beauftragungsschreiben** der Partnerorganisationen enthalten, mit denen sie ihre Teilnahme bestätigen (es sind Originalunterschriften oder gleichwertige Unterschriften erforderlich).
- Für beide Kategorien von Kooperationsprojekten muss das Projekt auf einer **Kooperationsvereinbarung** zwischen dem Projektleiter und den Partnern beruhen. In der Kooperationsvereinbarung sind alle rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die Kooperation zwischen den Partnern sowie ihre operativen Zuständigkeiten bei der Durchführung des Projekts festzulegen.

### 6.3 Förderfähige Aktivitäten

Aktivitäten, die ausschließlich den audiovisuellen Sektoren gelten, können aus dem Unterprogramm Kultur nicht gefördert werden. Audiovisuelle Aktivitäten können jedoch förderfähig sein, sofern sie Aktivitäten, die auf den nicht audiovisuellen Kultur- und Kreativsektor abzielen, ergänzen.

Für beide Projektkategorien können die Aktivitäten spätestens zwischen dem 1. September und dem 15. Dezember 2019 anlaufen.

Die Aktivitäten können jedoch außer in ordnungsgemäß begründeten Ausnahmefällen in keinem Fall vor Unterzeichnung der Finanzhilfvereinbarung durch beide Parteien anlaufen.<sup>12</sup>

Die **Höchstdauer eines Projekts** beträgt für beide Projektkategorien **48 Monate**.

Anträge für Projekte mit einer längeren Laufzeit als im vorliegenden Leitfaden vorgesehen gelten nicht als förderfähig.

Eine Verlängerung des Förderzeitraums über die maximale Laufzeit hinaus ist nicht möglich.

Sollte nach Unterzeichnung der Vereinbarung und Beginn des Projekts der Begünstigte jedoch feststellen, dass es – aus hinreichend nachgewiesenen und nicht von ihm zu verantwortenden Gründen – unmöglich geworden ist, das Projekt in der vorgesehenen Laufzeit abzuschließen, kann in Ausnahmefällen eine Verlängerung des Förderzeitraums gewährt werden. Eine solche Verlängerung um höchstens 12 Monate kann gewährt werden, wenn dies innerhalb der in der Vereinbarung genannten Frist beantragt wird. Die maximale Laufzeit beträgt in diesem Fall 60 Monate.

**Nur Anträge, die die Kriterien für die Förderfähigkeit erfüllen, kommen für eine Finanzhilfe in Betracht. Wird ein Antrag als nicht förderfähig eingestuft, erhält der Antragsteller eine entsprechende Mitteilung unter Angabe der Gründe.**

## 7. AUSSCHLUSSKRITERIEN

### 7.1 Ausschluss von der Teilnahme

In den nachstehend beschriebenen Fällen schließt der Anweisungsbefugte Antragsteller von der Teilnahme an Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aus:

- (a) Der Antragsteller ist zahlungsunfähig oder befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation, seine Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder Gericht verwaltet, er befindet sich in einem Vergleichsverfahren, seine gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt, oder er befindet sich aufgrund eines in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage;
- (b) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller seinen Verpflichtungen zur Entrichtung seiner Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gemäß dem Recht des Landes seiner Niederlassung, des Landes des Anweisungsbefugten oder des Landes der Auftragsausführung nicht nachgekommen ist;
- (c) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung aufgrund eines Verstoßes gegen geltende Gesetze, Bestimmungen oder ethische Normen seines Berufsstandes oder aufgrund jeglicher Form von rechtswidrigem Handeln

<sup>12</sup> Diese sind in Teil C.1. des elektronischen Formulars anzugeben.



- begangen hat, das sich auf seine berufliche Glaubwürdigkeit auswirkt, wenn dieses Handeln vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt; dazu zählen insbesondere folgende Verhaltensweisen:
- (i) falsche Erklärungen, die im Zuge der Mitteilung der erforderlichen Auskünfte zur Überprüfung des Fehlens von Ausschlussgründen oder der Einhaltung der Auswahlkriterien bzw. bei der Auftragsausführung, der Erfüllung einer Finanzhilfevereinbarung oder eines Finanzhilfebeschlusses in betrügerischer Absicht oder durch Fahrlässigkeit abgegeben wurden;
  - (ii) Absprachen mit anderen Personen mit dem Ziel einer Wettbewerbsverzerrung;
  - (iii) Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums;
  - (iv) Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung der Agentur während des Vergabeverfahrens;
  - (v) Versuch, vertrauliche Informationen über das Verfahren zu erhalten, durch die unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangt werden könnten;
- (d) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller sich einer der folgenden Straftaten schuldig gemacht hat:
- (i) Betrug im Sinne des Artikels 1 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995 ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;
  - (ii) Bestechung im Sinne des Artikels 3 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Mai 1997 ausgearbeiteten Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Union oder Beamte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, und des Artikels 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates sowie Bestechung im Sinne des Rechts des Landes des Auftraggebers, des Landes der Niederlassung des Antragstellers oder des Landes der Auftragsausführung;
  - (iii) Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Artikels 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates;
  - (iv) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates;
  - (v) Straftaten mit terroristischem Hintergrund oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten im Sinne des Artikels 1 beziehungsweise des Artikels 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates oder Anstiftung, Beihilfe und Versuch im Sinne des Artikels 4 des genannten Beschlusses;
  - (vi) Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels im Sinne der Definition in Artikel 2 der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates;
- (e) der Antragsteller hat bei der Ausführung eines aus dem Unionshaushalt finanzierten Auftrags, einer Finanzhilfevereinbarung oder eines Finanzhilfebeschlusses erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptauflagen erkennen lassen, die eine vorzeitige Beendigung des Auftrags bzw. eine Aufhebung der Vereinbarung oder des Beschlusses oder die Anwendung von pauschaliertem Schadensersatz oder anderen Formen von Vertragsstrafen nach sich gezogen haben oder die durch Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen eines Anweisungsbefugten, des OLAF oder des Rechnungshofs aufgedeckt wurden;
- (f) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller eine Unregelmäßigkeit im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates begangen hat.
- (g) In den Situationen, die sich auf schwere Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit, Betrug, Bestechung, andere Straftaten, erhebliche Mängel bei der Auftragsausführung oder Unregelmäßigkeiten beziehen, ist der Antragsteller von Folgendem betroffen:
- (i) Sachverhalten, die im Zuge von Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen des Rechnungshofs, des OLAF oder bei einer internen Rechnungsprüfung, oder bei sonstigen, unter der Verantwortung des Anweisungsbefugten eines Organs der Europäischen Union, eines europäischen Amtes oder einer Agentur oder Einrichtung der EU durchgeführten Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Kontrollen festgestellt wurden;
  - (ii) nicht endgültigen Verwaltungsentscheidungen, die Disziplinarmaßnahmen umfassen können, die von der für die Prüfung der Einhaltung ethischer Normen des Berufsstandes zuständigen Aufsichtsbehörde ergriffen wurden;

- (iii) Beschlüssen der EZB, der EIB, des Europäischen Investitionsfonds oder internationaler Organisationen;
- (iv) Entscheidungen der Kommission in Bezug auf den Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln der Union oder Entscheidungen einer zuständigen nationalen Behörde in Bezug auf den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht der Union oder gegen nationales Wettbewerbsrecht;
- (v) Entscheidungen über einen Ausschluss durch einen Anweisungsbefugten eines Organs der EU, eines europäischen Amtes oder einer Agentur oder Einrichtung der EU.
- (h) Eine Person, die Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des betreffenden Antragstellers ist oder darin Vertretungs-, Beschluss- oder Kontrollbefugnisse bezüglich des Antragstellers hat (dazu zählen Unternehmensleiter, Mitglieder der Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane und Fälle, in denen eine Person eine Mehrheit der Anteile hält), befindet sich in einer oder mehreren der in den Buchstaben c bis f oben genannten Situationen;
- (i) eine natürliche oder juristische Person, die unbegrenzt für die Schulden des Antragstellers haftet, befindet sich in einer der vorstehend in den Buchstaben a oder b genannten Situationen;

Wenn sich ein Antragsteller in einer der vorstehend aufgeführten Ausschlusssituationen befindet, sind die Maßnahmen anzugeben, die er ergriffen hat, um bezüglich der Ausschlusssituation Abhilfe zu schaffen und somit seine Zuverlässigkeit nachzuweisen. Dazu können technische, organisatorische und personelle Maßnahmen zählen, die dazu dienen, ein weiteres Auftreten zu verhindern, sowie Entschädigungen oder die Zahlung von Geldstrafen. Die einschlägigen Nachweise, mit denen eingeleitete Abhilfemaßnahmen angemessen belegt werden, sind in den Anhang zu dieser Erklärung aufzunehmen. Dies gilt nicht für die in Buchstabe d dieses Abschnitts aufgeführten Situationen.

In den in den Buchstaben c bis f genannten Situationen kann die Agentur in Ermangelung einer rechtskräftigen Gerichts- oder endgültigen Verwaltungsentscheidung einen Antragsteller vorläufig von der Teilnahme an der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausschließen, wenn seine Teilnahme eine ernste und unmittelbare Gefahr für die finanziellen Interessen der Union darstellen würde.

## 7.2 Ausschluss vom Vergabeverfahren

Der Anweisungsbefugte wird keine Finanzhilfe an einen Antragsteller vergeben, der

- (a) sich in einer der in Abschnitt 7.1 dargelegten Ausschlusssituationen befindet;
- (b) die Auskünfte, die für die Teilnahme am Vergabeverfahren verlangt wurden, verfälscht oder nicht erteilt hat;
- (c) zuvor an der Vorbereitung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen mitgewirkt hat, wenn dies zu einer Wettbewerbsverzerrung führt, die auf andere Weise nicht behoben werden kann.

Antragsteller bzw. verbundene Einheiten können von diesem Verfahren ausgeschlossen und mit verwaltungsrechtlichen Sanktionen (Ausschluss oder finanzielle Sanktion) belegt werden, wenn sich Auskünfte oder Informationen, die für die Teilnahme an diesem Verfahren gemacht wurden, als falsch erweisen.

Die Antragsteller werden darauf hingewiesen, dass die Agentur die folgenden Informationen über den Ausschluss bzw. gegebenenfalls die finanzielle Sanktion in den Fällen nach den Buchstaben c, d, e und f des Abschnitts 7.1 auf ihrer Website veröffentlichen kann<sup>13</sup>:

---

<sup>13</sup> Diese Informationen werden nicht veröffentlicht,

- (a) wenn die Vertraulichkeit einer Untersuchung oder eines einzelstaatlichen Gerichtsverfahrens gewahrt werden muss;
- (b) wenn aufgrund der Verhältnismäßigkeit und der Höhe der finanziellen Sanktion eine Veröffentlichung dem betreffenden Antragsteller unverhältnismäßig großen Schaden zufügen würde oder anderweitig unverhältnismäßig wäre;
- (c) wenn natürliche Personen betroffen sind, es sei denn, die Veröffentlichung personenbezogener Daten ist unter anderem durch die Schwere des Verstoßes oder seiner Auswirkungen auf die finanziellen Interessen der Union ausnahmsweise

- (a) den Namen des betreffenden Antragstellers;
- (b) die Ausschlusssituation;
- (c) die Dauer des Ausschlusses und/oder die Höhe der finanziellen Sanktion.

Bei einer vorläufigen rechtlichen Bewertung (d. h. in Ermangelung einer rechtskräftigen Gerichts- bzw. endgültigen Verwaltungsentscheidung) ist in der Veröffentlichung darauf hinzuweisen, dass keine rechtskräftige Gerichts- bzw. endgültige Verwaltungsentscheidung vorliegt. In diesen Fällen werden Informationen über die vom Antragsteller eingelegten Rechtsmittel, deren Stand und Ergebnisse sowie revidierte Entscheidungen des Anweisungsbefugten unverzüglich veröffentlicht. Wenn es sich um eine finanzielle Sanktion handelt, wird in der Veröffentlichung auch angegeben, ob die Sanktion bezahlt wurde.

Die Entscheidung über die Veröffentlichung der Informationen wird von der Agentur je nach Lage des Falles entweder aufgrund einer einschlägigen rechtskräftigen Gerichts- bzw. endgültigen Verwaltungsentscheidung oder aufgrund einer vorläufigen rechtlichen Bewertung getroffen. Diese Entscheidung wird drei Monate nach ihrer Zustellung an den Wirtschaftsteilnehmer wirksam.

Die veröffentlichten Informationen werden wieder gelöscht, sobald der Ausschluss ausgelaufen ist. Bei finanziellen Sanktionen wird die Veröffentlichung sechs Monate nach Zahlung dieser Sanktion gelöscht.

Im Falle von personenbezogenen Daten weist die Agentur den Antragsteller gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 auf seine Rechte im Rahmen der anwendbaren Datenschutzvorschriften und auf die Verfahren für die Ausübung dieser Rechte hin.

### **7.3 Beizufügende Unterlagen**

Die Antragsteller müssen eine ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnen, in der sie bestätigen, dass sie sich nicht in einer der in den Abschnitten 7.1 und 7.2 genannten Situationen befinden, und das entsprechende Formular ausfüllen, das dem dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen beigefügten Antragsformular beiliegt. Gegebenenfalls sind die entsprechenden schriftlichen Nachweise, die in angemessener Weise belegen, dass etwaige Abhilfemaßnahmen eingeleitet wurden, in den Anhang zu dieser Erklärung aufzunehmen.

Die Erklärung ist unter der folgenden Adresse abrufbar:

[https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de)

Dieser Verpflichtung kann nachgekommen werden, indem der Koordinator eines Konsortiums im Namen aller Antragsteller und ihrer verbundenen Einheiten eine Erklärung unterzeichnet.

## **8. AUSWAHLKRITERIEN**

Die Antragsteller müssen eine ausgefüllte und unterzeichnete ehrenwörtliche Erklärung vorlegen, in der bestätigt wird, dass sie finanziell und in operativer Hinsicht in der Lage sind, die vorgeschlagenen Aktivitäten durchzuführen.

### **8.1 Finanzielle Leistungsfähigkeit**

Die Antragsteller müssen über stabile und ausreichende Finanzierungsquellen verfügen, damit sie ihre Tätigkeit während der Dauer der Durchführung der geförderten Maßnahme bzw. während des Jahres,

---

gerechtfertigt. In diesen Fällen sind bei der Entscheidung über die Veröffentlichung von Informationen das Recht auf Privatsphäre und andere in der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 festgelegte Rechte gebührend zu berücksichtigen.

für das eine Finanzhilfe gewährt wird, aufrechterhalten und sich an ihrer Finanzierung beteiligen können. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Antragsteller wird anhand der folgenden Unterlagen bewertet, die von ausgewählten Antragstellern einzureichen sind:

- a) Finanzhilfen mit geringem Wert (bis zu 60 000 EUR):
  - eine ehrenwörtliche Erklärung des Projektleiters
- b) Finanzhilfen über 60 000 EUR:
  - eine ehrenwörtliche Erklärung des Projektleiters
  - die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr (nur des Projektleiters)
- c) Bei Finanzhilfen für ein Vorhaben mit einem Wert von über 750 000 EUR
  - die unter Buchstabe b genannten Angaben und Nachweise sowie
  - ein von einem zugelassenen externen Rechnungsprüfer erstellter Prüfbericht, in dem die Rechnungslegung für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr bescheinigt wird. Im Fall eines Vorschlags, an dem mehrere Antragsteller (Konsortium) beteiligt sind, gelten die genannten Schwellenwerte für jeden Antragsteller.

Im Laufe des Verfahrens können Antragsteller aufgefordert werden, sich zu registrieren und einen Teilnehmercode (Participant Identification Code, PIC, neunstellige Zahl) anzugeben, der als eindeutige Kennung ihrer Organisation im Teilnehmerregister dient. Der/die Antragsteller wird/werden rechtzeitig Anweisungen für die Erstellung eines Teilnehmercodes erhalten.

Nach Übermittlung des Teilnehmercodes des Antragstellers werden sich die EU-Validierungsdienste (Validierungsdienste der Exekutivagentur für Forschung) (über ein in das Teilnehmerregister eingebundenes Nachrichtenübermittlungssystem) an den Antragsteller wenden und ihn auffordern, die für den Nachweis der rechtlichen Existenz, des rechtlichen Status und der finanziellen Leistungsfähigkeit erforderlichen Unterlagen vorzulegen. In dieser gesonderten Mitteilung erhalten die Antragsteller alle notwendigen Einzelheiten und Anweisungen.

Kommt der zuständige Anweisungsbefugte aufgrund der eingereichten Unterlagen zu dem Schluss, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit unzureichend ist, kann er:

- weitere Informationen verlangen;
- eine Finanzhilfevereinbarung ohne Vorfinanzierung anbieten;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer Vorfinanzierung in Teilbeträgen anbieten;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer durch eine Bankbürgschaft abgesicherten Vorfinanzierung anbieten (siehe Abschnitt 11.4.);
- gegebenenfalls die gesamtschuldnerische finanzielle Haftung aller Mitbegünstigten fordern;
- den Antrag ablehnen.

## 8.2 Operative Leistungsfähigkeit

Die Antragsteller müssen über die erforderlichen Fachkompetenzen und beruflichen Qualifikationen verfügen, um die vorgeschlagene Maßnahme vollständig durchführen zu können. Diesbezüglich müssen die Antragsteller eine ehrenwörtliche Erklärung einreichen sowie, sofern sie eine Finanzhilfe von über 60 000 EUR beantragen, folgende Unterlagen:

- **Lebenslauf oder Beschreibung des Profils der Personen**, die hauptsächlich für die Leitung und Umsetzung des Projekts **bei jeder Partnereinrichtung** verantwortlich sind (siehe Teil B des Dokuments „Ausführliche Projektbeschreibung“<sup>14</sup>);
- die **Tätigkeitsberichte** der Organisationen (siehe Anhang 2 des vorliegenden Leitfadens);

---

<sup>14</sup> Antragsteller müssen sich vergewissern, dass das Dokument „**detaillierte Beschreibung**“ die maximale Seitenzahl von 30 Seiten nicht überschreitet. Teil A des Dokuments wird nach Überschreitung der Seitenbegrenzung nicht bewertet. Eine Vorlage ist zu finden unter [https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de)

- eine erschöpfende **Liste der wichtigsten Aktivitäten im Kultur- und Kreativsektor der letzten beiden Jahre für jede Partnereinrichtung** (die Beschreibung der wichtigsten Aktivitäten ist in Teil D des elektronischen Formulars (eForm) vorzulegen).

## 9. VERGABEKRITERIEN

**Förderfähige Anträge werden anhand der folgenden Kriterien bewertet:**

Kriterien	Definition	Höchst-punktzahl
1. Relevanz	Anhand dieses Kriteriums wird bewertet, wie die ausgewählte(n) politische(n) Priorität(en) auf der Grundlage einer fundierten Strategie im Rahmen des Projekts realisiert wird/werden.	30
2. Qualität der Inhalte und Aktivitäten	Anhand dieses Kriteriums wird bewertet, wie das Projekt in der Praxis umgesetzt wird (Qualität der Aktivitäten und Leistungen, Methodik) und wie gut die Aktivitäten mit den Zielen des Projekts in Zusammenhang stehen.	30
3. Kommunikation und Verbreitung	Anhand dieses Kriteriums wird der Ansatz des Projekts im Hinblick auf die Kommunikation seiner Aktivitäten und Ergebnisse sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch innerhalb des Sektors und über die Grenzen hinweg bewertet. Ziel ist eine möglichst große Wirkung der Projektergebnisse auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie die Gewährleistung, dass die Projektergebnisse nachhaltige Wirkung über die Laufzeit des Projekts hinaus zeigen.	20
4. Qualität der Partnerschaft	Anhand dieses Kriteriums wird der Umfang bewertet, in dem die Struktur und Leitung des Projekts für die wirksame Umsetzung des Projekts sorgen wird.	20

Im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel werden die Anträge mit den höchsten Punktzahlen in jeder Kategorie ausgewählt. Das bedeutet, dass es in jeder dieser beiden Kategorien, wie sie in diesem Leitfadens definiert sind, einen anderen Schwellenwert für die Auswahl geben kann.

In jedem Fall müssen Vorschläge für beide Projektkategorien (kleinere/größere Kooperationsprojekte), die für eine Förderung in Betracht kommen sollen, mindestens die Qualitätsschwelle von 75/100 Punkten erreichen.

### 1. Relevanz (30)

**Anhand dieses Kriteriums wird bewertet, wie das Projekt auf Grundlage der Programmprioritäten gemäß Abschnitt 2 dieses Leitfadens zur besseren Professionalisierung des Sektors und zur Stärkung der Fähigkeit, länderübergreifend und international tätig zu sein, zur Förderung der länderübergreifenden Verbreitung kultureller und kreativer Werke und der Mobilität von Künstlern, zur Publikumsentwicklung sowie zur Verbesserung des Zugangs zu kulturellen und kreativen Werken, zur Verbesserung des interkulturellen Dialogs, der einen Beitrag zur sozialen Integration von Migranten und Flüchtlingen leistet, und zur Sensibilisierung für das europäische Kulturerbe mit einem gemeinsamen Zugehörigkeitsgefühl beiträgt.**

**Hierzu sollte das Projekt eine fundierte Strategie zur Umsetzung der Programmpriorität(en) gemäß Abschnitt 2 umfassen, die Antwort auf folgende Fragen gibt:**

- Wie relevant ist die Projektstrategie für die Umsetzung **einer oder mehrerer** der folgenden Prioritäten, die zur Verwirklichung der Ziele des Unterprogramms beitragen:
  - Länderübergreifende Mobilität von Künstlern und im Kultursektor Tätigen
  - Publikumsentwicklung
  - Aufbau von Kapazitäten zur Anpassung an die Digitalisierung und Förderung der Nutzung digitaler Technologien
  - Aufbau von Kapazitäten zur Stärkung unternehmerischer Fähigkeiten
  - Aufbau von Kapazitäten für den Erwerb neuer Fertigkeiten und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit
  - Interkultureller Dialog im Hinblick auf die soziale Integration von Migranten und Flüchtlingen
  - Vermächtnis des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018 im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen Raum
- Wie überzeugend, klar definiert und einheitlich sind die zur Verwirklichung der vorstehend genannten Priorität(en) vorgeschlagenen Strategien, die im Rahmen des Projekts umgesetzt werden soll(en)?
- Was ist gegebenenfalls bei diesem Projekt innovativ im Vergleich zum neuesten Stand der Kunst (innovativer Ansatz im Hinblick auf Kreationen, Publikum, Geschäftsmodelle usw.)?
- Worin besteht der europäische Mehrwert<sup>15</sup> des Projekts? Inwieweit ergänzt das Projekt andere auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene durchgeführte kulturelle Maßnahmen?
- Welche kurz-/mittel-/langfristigen Auswirkungen werden von dem Projekt erwartet?
- Welche Strategie wird vorgeschlagen, damit die Projektergebnisse über die Laufzeit des Projekts hinaus nachhaltige Wirkung zeigen<sup>16</sup>?
- Falls zutreffend, wie wird das Projekt die Arbeit von Künstlern und Kulturbetreibern, ihre künstlerischen Kreationen, Produktionen, ihre Mobilität, Ausbildung und Beschäftigung fördern?

## 2. Qualität des Inhalts und der Aktivitäten (30)

Anhand dieses Kriteriums wird bewertet, wie das Projekt in der Praxis umgesetzt wird (Qualität der Aktivitäten und der Leistungen, Arbeitsvereinbarungen) und wie gut die Aktivitäten mit den Zielen des Projekts in Zusammenhang stehen.

- Wie konkret und wie exakt sind die Aktivitäten beschrieben, und wie gut stimmen sie mit den Zielen und Strategien des Projekts überein?
- Welche Bedürfnisse haben die vorgestellten Zielgruppen, und wie eindeutig stehen sie mit den Zielen und Aktivitäten des Projekts in Zusammenhang?
- Welche Methodik liegt der Umsetzung der Aktivitäten zugrunde, und wie relevant sind sie?
- Sind die Ergebnisse (Wirkung<sup>17</sup>) und die Leistungen (Produkte<sup>18</sup>) des Projekts konkret und genau definiert? Wie geeignet sind sie in Bezug auf die übergeordneten Projektziele?
- Ist eine qualitative und quantitative Bewertung der erwarteten Ergebnisse (Wirkung) geplant, und wie klar und angemessen ist diese?
- Wie geeignet ist die Bereitstellung der finanziellen und personellen Mittel für die im Rahmen des Projekts durchgeführten Aktivitäten?
- Wie klar und realistisch ist der Zeitplan für die Umsetzung der Projektaktivitäten?

<sup>15</sup> **Europäischer Mehrwert** kommt ergänzend zu dem durch die Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten geschaffenen Wert hinzu. Er kann sich aus unterschiedlichen Faktoren ergeben, beispielsweise eine bessere Koordinierung, Rechtssicherheit, mehr Effizienz oder Komplementaritäten. Er ist Ausdruck einer größeren europäischen Relevanz und Bedeutung der Maßnahme im Hinblick auf die Präsentation von Modellen und Mechanismen, die nicht nur regional oder national, sondern auch EU-weit angewandt werden können.

<sup>16</sup> **Nachhaltigkeit** ist die Fähigkeit des Projekts, über das Ende des Förderzeitraums hinaus weiter Ergebnisse zu erzielen und zu nutzen.

<sup>17</sup> **Ergebnis/Wirkung:** Ein immaterieller Mehrwert, etwa verstärkte Sensibilisierung, bessere Kompetenzen, erworbenes Wissen, die über die Projektziele erreicht werden.

<sup>18</sup> **Produkte/Leistungen:** materielle und quantifizierbare Produkte, die durch das Projekt erzeugt werden.

### 3. Kommunikation und Verbreitung (20)

Anhand dieses Kriteriums wird die Vorgehensweise des Projekts im Hinblick auf die Kommunikation seiner Aktivitäten und die Verbreitung der Ergebnisse sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch mit dem Sektor und über die Grenzen hinweg bewertet. Ziel ist eine möglichst große Wirkung der Projektergebnisse auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, damit sie Wirkung über die Laufzeit des Projekts hinaus zeigen.

- Wie klar und angemessen ist die Strategie zur externen Kommunikation<sup>19</sup> im Rahmen des Projekts einschließlich der Ziele, Zielgruppen, Instrumente, Kanäle, Medien, Auswirkungen und Zeitachse?
- Wie kann die Kommunikationsstrategie des Projekts zur Sichtbarkeit der Europäischen Union und ihrer Werte beitragen?
- Wie relevant und angemessen ist die von der Partnerschaft eingeführte Strategie zur Verbreitung<sup>20</sup>?
- Wie wird die Verbreitungsstrategie dem Sektor sowie grenzübergreifend Informationen über die Projektergebnisse bereitstellen? Wie wirkt sich die Verbreitungsstrategie hinsichtlich ihres Umfangs (auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene) und Ausmaßes (auch nach Abschluss des Projekts) aus?

### 4. Qualität der Partnerschaft (20)

Anhand dieses Kriteriums wird bewertet, inwieweit die Struktur und Leitung des Projekts für die wirksame Umsetzung des Projekts sorgen werden.

- Wie ist die Partnerschaft organisiert, und wie wird sie erklärt? Ist die Struktur für das Projekt relevant?
- Wie wird die Kooperation die wirksame Durchführung der Aktivitäten und Ziele des Projekts gewährleisten? Inwieweit ist damit gewährleistet, dass alle Partner gemäß ihren Fähigkeiten und Fachgebieten stark eingebunden und die Aufgaben klar zwischen ihnen aufgeteilt sind?
- Wie vorteilhaft ist die Einbindung von Partnern mit unterschiedlichem geografischen Hintergrund für diese Partnerschaft, das Projekt und seine Ziele?
- Nur für Projekte, die eine Partnerschaft mit (einer) Organisation(en) mit Sitz in den unter Punkt 2 und 5 in Abschnitt 6.1.1 dieses Leitfadens genannten Ländern umfassen: Inwieweit trägt die Partnerschaft mit Betreibern von außerhalb der EU dem Konzept der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU gemäß Beschreibung in der neuen europäischen Kulturagenda Rechnung?

## 10. RECHTLICHE VERPFLICHTUNGEN

Im Fall der Vergabe einer Finanzhilfe durch die Agentur wird dem Projektleiter eine Finanzhilfevereinbarung übermittelt, in der die Bedingungen und die Höhe der Finanzhilfe in Euro sowie das Verfahren zur formellen Festschreibung der Verpflichtungen der Parteien beschrieben sind.

Zwei Originalexemplare der Finanzhilfevereinbarung sind zunächst vom Projektleiter im Namen aller Projektpartner zu unterzeichnen (der Projektleiter und die Partner werden auch als „Begünstigte“

<sup>19</sup> **Kommunikation:** umfasst Informations- und Werbeaktivitäten zur Sensibilisierung und Verbesserung der Sichtbarkeit der Projektaktivitäten nach außen.

<sup>20</sup> **Verbreitung:** ist ein geplanter Prozess zur Bereitstellung von Informationen über die Projektergebnisse. Sie findet dann statt, wenn das Ergebnis des Projekts und seiner Aktivitäten vorliegt. Dies sollte sich auch auf die Frage beziehen, weshalb, was, wie, wann, an wen und wo die Verbreitung der Ergebnisse sowohl während als auch nach Ablauf des Förderzeitraums stattfinden soll.

bezeichnet) und umgehend an die Agentur zurückzusenden. Die Agentur unterzeichnet sie als letzte Partei.

Wichtiger Hinweis: Die Gewährung einer Finanzhilfe begründet keinen Anspruch auf eine Finanzhilfe in nachfolgenden Jahren.

## **11. FINANZBESTIMMUNGEN**

### **11.1 Allgemeine Grundsätze**

#### **a) Kumulierungsverbot**

Für eine Maßnahme kann jeweils nur eine Finanzhilfe aus dem Haushalt der Europäischen Union gewährt werden.

Auf keinen Fall können dieselben Kosten zweimal aus dem Haushalt der Union finanziert werden. Um dies zu gewährleisten, sind von den Antragstellern im Antragsformular die Quellen und Beträge der Fördermittel der Europäischen Union, die sie in dem betreffenden Haushaltsjahr für dieselbe Maßnahme, einen Teil der Maßnahme oder ihre Betriebskosten erhalten bzw. beantragt haben, sowie sonstige Fördermittel anzugeben, die sie für dieselbe Maßnahme erhalten oder beantragt haben.

#### **b) Rückwirkungsverbot**

Die rückwirkende Gewährung einer Finanzhilfe für bereits abgeschlossene Maßnahmen ist nicht zulässig.

Für eine bereits begonnene Maßnahme kann eine Finanzhilfe nur gewährt werden, wenn der Antragsteller nachweisen kann, dass die Maßnahme noch vor Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung anlaufen musste.

In diesen Fällen dürfen die förderfähigen Kosten nicht vor dem Tag der Einreichung des Antrags auf Finanzhilfe entstanden sein.

#### **c) Kofinanzierung**

Kofinanzierung bedeutet, dass die für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Mittel nicht in voller Höhe über die Finanzhilfe der Europäischen Union bereitgestellt werden dürfen.

Als Kofinanzierungsmittel für die Maßnahme kommen z. B. in Betracht:

- Eigenmittel des Begünstigten;
- Einnahmen aus der Maßnahme;
- Finanzbeiträge Dritter.

#### **d) Ausgeglichener Finanzierungsplan**

Dem Antragsformular ist ein Finanzplan für die Maßnahme beizufügen. Es muss vollständig und ausgeglichen sein, d. h. die Gesamtausgaben müssen den Gesamteinnahmen entsprechen, zu denen auch die bei der Agentur beantragte Finanzhilfe gehört.

Der Finanzplan ist in Euro aufzustellen.

Wenn für die Antragsteller bereits absehbar ist, dass die Kosten nicht in Euro entstehen werden, sind zur Umrechnung die auf der InforEuro-Website unter

[http://ec.europa.eu/budget/contracts\\_grants/info\\_contracts/inforeuro/inforeuro\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/inforeuro/inforeuro_de.cfm)



veröffentlichten Wechselkurse am Tag der Veröffentlichung dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen heranzuziehen.

e) Durchführungsaufträge/Untervergabe

Erfordert die Durchführung der Maßnahme die Vergabe von Aufträgen zur Beschaffung von Waren, Bau- oder Dienstleistungen (Durchführungsaufträge), müssen die Begünstigten im Wege einer Ausschreibung Angebote von potenziellen Auftragnehmern einholen und dem wirtschaftlich günstigsten Angebot oder dem Angebot mit dem niedrigsten Preis den Zuschlag erteilen und dabei Interessenkonflikte vermeiden sowie die Dokumentation für den Fall einer Prüfung aufzubewahren.

Bei der Vergabe eines Unterauftrags mit einem Wert von mehr als 60 000 EUR müssen die Begünstigten weitere Vorschriften beachten, die in der Finanzhilfevereinbarung im Anhang dieser Aufforderung enthalten sind. Darüber hinaus wird von den Begünstigten erwartet, das Ausschreibungsverfahren klar zu dokumentieren, eine Kopie der einschlägigen Unterlagen zusammen mit dem Abschlussbericht am Ende der Maßnahme einzureichen und die Dokumentation für den Fall einer Prüfung aufzubewahren.

Einrichtungen, die als öffentliche Auftraggeber im Sinne der Richtlinie 2014/24/EU oder als öffentliche Auftraggeber im Sinne der Richtlinie 2014/25/EU handeln, müssen die geltenden nationalen Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge einhalten.

Im Falle einer Untervergabe, d. h. der Übertragung bestimmter Aufgaben oder Tätigkeiten, die laut der im Vorschlag enthaltenen Beschreibung Teil der Maßnahme sind und die der Begünstigte nicht selbst ausführen kann, sind die für Durchführungsaufträge geltenden Bestimmungen (siehe oben) sowie folgende Bedingungen einzuhalten:

- a) Kernaufgaben der Maßnahme dürfen nicht an Unterauftragnehmer vergeben werden.
- b) Die Untervergabe von Aufgaben ist in Anbetracht der Art der Maßnahme und der Erfordernisse ihrer Durchführung gerechtfertigt.
- c) Die für die Untervergabe veranschlagten Kosten müssen im Finanzplan eindeutig ausgewiesen werden.
- d) Der Begünstigte hat die Agentur von jedweder Untervergabe von Aufgaben, die nicht in der Maßnahmenbeschreibung vorgesehen ist, in Kenntnis zu setzen, und die Agentur muss hierzu ihre Zustimmung erteilen. Die Agentur kann die Zustimmung erteilen,
  - (i) bevor Aufgaben untervergeben werden, wenn die Begünstigten um eine Änderung ersuchen;
  - (ii) nachdem Aufgaben untervergeben wurden, sofern
    - die Untervergabe im Zwischenbericht oder im abschließenden technischen Bericht besonders begründet wird und
    - die Untervergabe keine Änderungen der Finanzhilfevereinbarung nach sich zieht, was den Beschluss über die Gewährung der Finanzhilfe in Frage stellen oder einen Verstoß gegen die Gleichbehandlung der Antragsteller darstellen würde.
- e) Die Begünstigten stellen sicher, dass bestimmte Bedingungen, die für Begünstigte gelten und in der Finanzvereinbarung genannt sind (z. B. Bekanntmachung, Geheimhaltung), auch von den Unterauftragnehmern erfüllt werden.

Untervergabe kann es nur bei unterstützenden Aktivitäten geben. Die Begünstigten bleiben rechtlich und finanziell für die Maßnahme verantwortlich. Die Begünstigten haften nach wie vor für die Konzeption und Ausarbeitung der Maßnahme, das Erreichen ihrer Ziele, die Durchführung der Aktivitäten und den Einsatz angemessener Instrumente.

f) Finanzielle Unterstützung Dritter

In den Anträgen kann eine finanzielle Unterstützung Dritter vorgesehen sein. Die Anträge müssen Folgendes umfassen:

- i. eine vollständige Aufstellung der Arten von Aktivitäten, für die Dritte eine finanzielle Unterstützung erhalten können,
- ii. die Festlegung der Personen oder Personenkreise, die eine finanzielle Unterstützung erhalten können,
- iii. die Kriterien für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung,
- iv. den Höchstbetrag, der zur Unterstützung Dritter zu gewähren ist, und die Kriterien für seine Festlegung.

Der Betrag zur finanziellen Unterstützung Dritter darf 60 000 EUR nicht übersteigen und ist ausschließlich auf Preise oder Stipendien beschränkt.

## 11.2 Formen der Finanzierung

Finanzhilfen, die über die Erstattung der förderfähigen Kosten in Verbindung mit Pauschalbeträgen zur Deckung der Gemeinkosten finanziert werden, werden auf der Grundlage eines detaillierten Finanzplans berechnet, der genaue Angaben zu den förderfähigen Kosten im Rahmen einer EU-Finanzierung enthält.

### ➤ Beantragter Höchstbetrag

Die EU-Finanzhilfe ist auf eine Kofinanzierungsquote von höchstens 60 % der förderfähigen Projektkosten für Kooperationsprojekte von kleinerem Umfang – Kategorie 1 – und auf eine Kofinanzierungsquote von höchstens 50 % der förderfähigen Projektkosten für Kooperationsprojekte von größerem Umfang – Kategorie 2 – beschränkt.

Folglich muss ein Teil der im Finanzplan veranschlagten förderfähigen Gesamtkosten aus anderen Quellen als der Finanzhilfe der Union finanziert werden.

Die Höhe der Finanzhilfe darf weder die förderfähigen Kosten noch den beantragten Betrag überschreiten. Die Beträge werden in Euro angegeben.

Mit der Annahme eines Antrags verpflichtet sich die Agentur nicht, eine EU-Finanzhilfe in der vom Begünstigten beantragten Höhe zu gewähren.

### ➤ Förderfähige Kosten

Förderfähige Kosten sind Kosten, die dem Begünstigten einer Finanzhilfe tatsächlich entstehen und die folgenden Kriterien erfüllen:

- Sie entstehen während der in der Finanzhilfevereinbarung angegebenen Laufzeit der Maßnahme, mit Ausnahme der Kosten für die Abschlussberichte und Bescheinigungen. Der Beginn des Zeitraums der Förderfähigkeit von Kosten wird in der Finanzhilfevereinbarung angegeben. Kann ein Begünstigter nachweisen, dass die Maßnahme vor Unterzeichnung der Vereinbarung eingeleitet werden musste, so können auch vor der Bewilligung der Finanzhilfe angefallene Ausgaben genehmigt werden. Der Beginn des Förderzeitraums darf auf keinen Fall vor dem Zeitpunkt der Antragstellung liegen (siehe Abschnitt 11.1 Buchstabe b).
- Sie sind im Gesamtfinanzplan für die Maßnahme aufgeführt.
- Sie entstehen in Verbindung mit der Maßnahme, die Gegenstand der Finanzhilfe ist, und sind für die Umsetzung der Maßnahme erforderlich.
- Sie sind identifizierbar und überprüfbar und insbesondere in der Buchführung des Begünstigten entsprechend den im Land seiner Niederlassung geltenden Rechnungslegungsgrundsätzen sowie seinen üblichen Kostenrechnungsverfahren erfasst.

- Sie erfüllen die Anforderungen der geltenden Steuer- und Sozialgesetzgebung.
- Sie sind angemessen, gerechtfertigt und entsprechen den Anforderungen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, insbesondere im Hinblick auf Sparsamkeit und Effizienz.

Die internen Buchführungs- und Rechnungsprüfungsverfahren des Begünstigten müssen eine unmittelbare Zuordnung der im Rahmen der Maßnahme aufgeführten Ausgaben und Einnahmen zu den entsprechenden Buchungsposten und Belegen gestatten.

### **Förderfähige direkte Kosten**

Als förderfähige direkte Kosten der Maßnahme gelten die spezifischen Kosten, die **unter gebührender Berücksichtigung der vorstehend genannten Bedingungen für die Förderfähigkeit** unmittelbar mit der Durchführung der Maßnahme in Zusammenhang stehen und ihr somit direkt zuzuordnen sind, beispielsweise:

- Aufwendungen für das Personal, das auf der Grundlage eines mit dem Antragsteller geschlossenen Arbeitsvertrags oder eines gleichwertigen Beschäftigungsverhältnisses tätig ist und für die Maßnahme abgestellt wurde; sie umfassen die tatsächlichen Arbeitsentgelte zuzüglich der Sozialabgaben und weiterer in die Vergütung eingehender Kosten, sofern diese Kosten der üblichen Entgeltpolitik des Antragstellers **oder gegebenenfalls seiner Partner** entsprechen. **Anmerkung: Bei diesen Personalkosten muss es sich um Kosten handeln, die den Begünstigten tatsächlich entstanden sind. Personalkosten anderer Einrichtungen sind nur dann förderfähig, wenn sie von den Begünstigten direkt gezahlt oder erstattet werden. Personalkosten müssen mit den Aktivitäten verknüpft sein und zum Finanzierungsplan in einem angemessenen Verhältnis stehen.** Diese Kosten können weitere Arbeitsentgelte, einschließlich Zahlungen auf der Grundlage zusätzlicher Verträge unabhängig von ihrer Natur umfassen, sofern sie in einheitlicher Weise gezahlt werden, wenn die gleiche Art von Aktivität oder Fachkompetenz erforderlich ist und sie nicht an eine Finanzierung aus bestimmten Mitteln gebunden sind. Entsprechende Ausgaben für Gehälter für staatliche Bedienstete sind insoweit förderfähige Kosten, als sie mit den Ausgaben für Aktivitäten, die die betreffende Behörde ohne das jeweilige Projekt nicht durchführen würde, in Zusammenhang stehen.
- Aufenthaltskosten (für Sitzungen, einschließlich gegebenenfalls Auftaktsitzungen, europäische Konferenzen usw.), sofern sie der üblichen Praxis des Begünstigten entsprechen;
- Reisekosten (für Sitzungen, einschließlich gegebenenfalls Auftaktsitzungen, europäische Konferenzen usw.), sofern sie der üblichen Praxis der Begünstigten entsprechen;
- bei Abschreibungskosten für Ausrüstungsgegenstände (neu oder gebraucht) kann von der Agentur nur der Teil der Abschreibung berücksichtigt werden, der der Laufzeit der Maßnahme sowie der tatsächlichen Nutzungsquote im Rahmen der Maßnahme entspricht, **es sei denn, die Art und/oder die Rahmenbedingungen der Nutzung rechtfertigen eine andere Kostenübernahme durch die Agentur;**
- Kosten für Hilfs- und Betriebsmittel, sofern diese identifizierbar sind und für die Maßnahme eingesetzt werden;
- Kosten aus sonstigen Aufträgen, die vom Begünstigten oder seinen Partnern für die Zwecke der Durchführung der Maßnahme vergeben wurden, sofern die Bedingungen der Finanzhilfvereinbarung eingehalten werden;
- Kosten aus der finanziellen Unterstützung Dritter, sofern die in der Finanzhilfvereinbarung festgelegten Bedingungen eingehalten werden;
- Kosten, die sich unmittelbar aus Anforderungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahme ergeben (Informationsverbreitung, spezifische Bewertung der Maßnahme, Übersetzungen, Vervielfältigung usw.);
- Kosten im Zusammenhang mit einer von den Begünstigten der Finanzhilfe gestellten Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung, sofern dies gefordert wird;
- Kosten im Zusammenhang mit externen Prüfungen, wenn dies als Beleg für den Zahlungsantrag gefordert wird;

- nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer für alle Aktivitäten, sofern diese nicht mit Tätigkeiten öffentlicher Behörden in den Mitgliedstaaten in Verbindung stehen.

### **Förderfähige indirekte Kosten (Gemeinkosten)**

Indirekte Kosten sind in Höhe eines auf 7 % der förderfähigen direkten Kosten der Maßnahme begrenzten Pauschalbetrags förderfähig; es handelt sich um die allgemeinen Verwaltungskosten der Begünstigten, die als maßnahmenbezogen betrachtet werden können.

Als indirekte Kosten dürfen keine Kosten angegeben werden, die unter einer anderen Haushaltslinie ausgewiesen wurden.

Die Antragsteller werden darauf hingewiesen, dass indirekte Kosten von Organisationen, die bereits einen Betriebskostenzuschuss erhalten, im Rahmen konkreter Maßnahmen nicht mehr förderfähig sind.

#### **➤ Nicht förderfähige Kosten**

Folgende Kosten gelten als nicht förderfähig:

- Kosten im Zusammenhang mit Kapitalerträgen;
- Verbindlichkeiten und Schuldendienste;
- Rückstellungen für Verluste oder Verbindlichkeiten;
- Zinsverpflichtungen;
- zweifelhafte Forderungen;
- Wechselkursverluste;
- von der Bank des Begünstigten in Rechnung gestellte Kosten für Überweisungen der Agentur;
- Kosten, die von einem Begünstigten im Rahmen einer anderen Maßnahme, für die eine Finanzhilfe der Europäischen Union gewährt wird, geltend gemacht werden. Nicht förderfähig sind vor allem indirekte Kosten im Rahmen einer Finanzhilfe für eine Maßnahme, die einem Begünstigten gewährt wird, der bereits für den betreffenden Zeitraum einen aus dem Unionshaushalt finanzierten Betriebskostenzuschuss erhält;
- Sachleistungen;
- unverhältnismäßig hohe oder unbedachte Ausgaben.

#### **➤ Berechnung des endgültigen Betrags der Finanzhilfe – beizufügende Unterlagen**

Der endgültige Betrag der den Begünstigten zu gewährenden Finanzhilfe wird nach Abschluss der Maßnahme berechnet, und zwar nach Genehmigung des Zahlungsantrags, der zusammen mit folgenden Unterlagen einzureichen ist:

- einen Abschlussbericht mit detaillierten Angaben über die Durchführung und die Ergebnisse der Maßnahme
- eine Schlussabrechnung über die tatsächlich entstandenen Kosten

- Für Kategorie 1 – Kooperationsprojekte geringeren Umfangs:

- Bei Finanzhilfen für Maßnahmen, die 60 000 EUR oder weniger betragen, muss der Begünstigte Muster der folgenden Belegunterlagen einreichen:

Rubrik/Posten des Finanzierungsplans	Dem abschließenden Finanzbericht als Anhang beizufügende Stichprobe
Personal	Wählen sie die umfangreichste der beiden nachstehenden Bedingungen aus:  <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;">Die drei höchsten konsolidierten Personalausgaben (d. h. Kosten für Mitarbeiter) für den gesamten Förderzeitraum</div> <div style="width: 10%; text-align: center; border: 1px solid black; padding: 5px;">OD</div> <div style="width: 45%;">5 % aller unter diesem Haushaltsposten angegebenen Kosten.</div> </div>
Untervergabe von Leistungen	Die drei Unterverträge mit den höchsten Werten
Reise- und Aufenthaltskosten	25 % der höchsten Kosten, die unter diesem Posten des Finanzierungsplans angegeben werden

Beispiel für Unterlagen, die als Belege für die Abschlusszahlung vorzulegen sind:

1) Personalkosten: Arbeitsvertrag (oder gleichwertiges Dokument), Gehaltsabrechnungen (oder sonstige Belege über die Vergütung), gegebenenfalls Zahlungsbelege und, sofern in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vorgesehen, die Arbeitszeiterfassungsbögen oder gleichwertige Dokumente, die über die Arbeitsleistung des Personals (d. h. Zahl der Arbeitstage) Aufschluss geben;

2) Untervergabe von Leistungen: gegebenenfalls Angebote, Verträge, Rechnungen und Zahlungsbelege;

3) Reise- und Aufenthaltskosten: Kopien von Tickets und Bordkarten, Hotelrechnungen (und Zahlungsbelege).

- In allen anderen Fällen (Projekte der Kategorie 1 – Kooperationsprojekte geringeren Umfangs):

Der Begünstigte muss als Voraussetzung für die abschließende Zahlung einen „Prüfungsbericht zum abschließenden Finanzbericht – Typ I“ einreichen, der von einem zugelassenen Rechnungsprüfer oder im Fall öffentlicher Einrichtungen von einem zuständigen und unabhängigen Beamten erstellt werden muss.

Das Verfahren und das Format, die von dem zugelassenen Rechnungsprüfer oder im Falle öffentlicher Einrichtungen von dem zuständigen und unabhängigen Beamten eingehalten werden müssen, sind im folgenden „Leitfaden“ detailliert beschrieben: [https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/annex\\_iii\\_guidance\\_notes\\_audit\\_type\\_i\\_03-2014\\_de.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/annex_iii_guidance_notes_audit_type_i_03-2014_de.pdf)

Das im „Leitfaden“ vorgegebene Berichtsformat ist zwingend einzuhalten.

- Für Kategorie 2 – Kooperationsprojekte größeren Umfangs:

Der Begünstigte muss als Voraussetzung für die abschließende Zahlung einen „Prüfungsbericht zum abschließenden Finanzbericht – Typ II“ einreichen, der von einem zugelassenen Rechnungsprüfer

oder im Falle öffentlicher Einrichtungen von einem zuständigen und unabhängigen Beamten erstellt wird. Dieses Dokument bescheinigt nach Maßgabe einer durch die Agentur zugelassenen Methodik, dass die vom Finanzhilfeempfänger in der Endabrechnung angegebenen Kosten, auf die sich der Zahlungsantrag stützt, tatsächlich angefallen, wahrheitsgetreu verbucht und gemäß der Finanzhilfevereinbarung förderfähig sind.

Das Verfahren und das Format, die von dem zugelassenen Rechnungsprüfer oder im Falle öffentlicher Einrichtungen von dem zuständigen und unabhängigen Beamten eingehalten werden müssen, sind im folgenden „Leitfaden“ detailliert beschrieben: [https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/annex\\_iv\\_guidance\\_notes\\_audit\\_type\\_ii\\_03-2014\\_de.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/annex_iv_guidance_notes_audit_type_ii_03-2014_de.pdf)

Das im „Leitfaden“ vorgegebene Berichtsformat ist zwingend einzuhalten.

Fallen die dem Begünstigten tatsächlich entstandenen förderfähigen Kosten geringer aus als erwartet, so wird die Agentur den in der Finanzhilfevereinbarung angegebenen Kofinanzierungssatz auf die tatsächlich entstandenen Kosten anwenden.

Im Falle der Nichtausführung oder der eindeutig unzureichenden Ausführung einer laut dem Antrag im Anhang zur Finanzhilfevereinbarung vorgesehenen Aktivität oder falls die in der Finanzhilfevereinbarung geforderten Informationen nicht übermittelt werden, wird der endgültige Finanzhilfebetrag entsprechend reduziert.

#### *Gewinnverbotsregel*

Mit der Finanzhilfe der EU darf der Begünstigte im Rahmen der Maßnahme keinen Gewinn anstreben oder erzielen. **Unter Gewinn ist ein Überschuss der Einnahmen gegenüber den getätigten förderfähigen Ausgaben des Begünstigten zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Zahlung des Restbetrags gestellt wird, zu verstehen.** Wird in diesem Zusammenhang ein Gewinn erzielt, ist die Agentur berechtigt, den Anteil des Gewinns, der dem Beitrag der Union zu den dem Begünstigten für die Durchführung der Maßnahme tatsächlich entstandenen förderfähigen Kosten entspricht, zurückzufordern.

### **11.3 Zahlungsmodalitäten**

Werden die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit eingehalten, erfolgen die Zahlungen wie folgt:

#### Für Kategorie 1 – Kooperationsprojekte geringeren Umfangs:

- Der Begünstigte erhält innerhalb von 30 Tagen, nachdem die letzte der beiden Parteien die Vereinbarung unterzeichnet hat, eine Vorfinanzierung in Höhe von 70 % des Finanzhilfebetrags, sofern er alle erforderlichen Sicherheiten geleistet hat.

#### Für Kategorie 2 – Kooperationsprojekte größeren Umfangs:

- Der Begünstigte erhält innerhalb von 30 Tagen, nachdem die letzte der beiden Parteien die Vereinbarung unterzeichnet hat, eine Vorfinanzierung in Höhe von 40 % des Finanzhilfebetrags, sofern er alle erforderlichen Sicherheiten geleistet hat.

- Eine zweite Vorfinanzierungszahlung von 40 % des Finanzhilfebetrags erhält der Begünstigte innerhalb von 60 Tagen nach Eingang eines Fortschrittsberichts über die Umsetzung der Maßnahme bei der Agentur. Diese zweite Vorfinanzierungszahlung kann erst geleistet werden, wenn mindestens 70 % der vorangegangenen Vorfinanzierungszahlung in Anspruch genommen wurden. Wurden weniger als 70 % einer Vorfinanzierung verwendet, wird der Betrag der nächsten Zahlung um den nicht verwendeten Betrag dieser Vorfinanzierung gekürzt.

Die Agentur bestimmt die Höhe der dem Begünstigten zu zahlenden Abschlusszahlung auf der Grundlage der Berechnung des endgültigen Finanzhilfebetrags (siehe Abschnitt 11.2 oben). Falls die Gesamtsumme früherer Zahlungen den endgültigen Finanzhilfebetrag übersteigt, hat der Begünstigte den von der Kommission zu viel gezahlten Betrag auf der Grundlage einer Rückforderungsanordnung zurückzuzahlen.

#### **11.4 Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung**

Bei unzureichender finanzieller Leistungsfähigkeit des Antragstellers kann eine Sicherheitsleistung in Höhe der Vorfinanzierung verlangt werden, um die mit der Vorfinanzierung verbundenen finanziellen Risiken zu begrenzen.

Die auf Euro lautende Sicherheit ist von einem zugelassenen Bank- oder Finanzinstitut mit Sitz in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu stellen. Ist der Begünstigte in einem Drittland niedergelassen, so kann der zuständige Anweisungsbefugte eine von einer Bank oder einem Finanzinstitut mit Sitz in diesem Drittland gestellte Sicherheit akzeptieren, wenn er der Auffassung ist, dass diese Bank oder dieses Finanzinstitut die gleichen Garantien und Merkmale aufweist wie eine Bank oder ein Finanzinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat. Beträge, die sich auf Sperrkonten befinden, werden nicht als finanzielle Sicherheitsleistungen akzeptiert.

Diese Sicherheit kann durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines Dritten oder die Solidarbürgschaft der an derselben Finanzhilfevereinbarung beteiligten Begünstigten einer Maßnahme ersetzt werden.

Die Freigabe der Sicherheit erfolgt im Zuge der Verrechnung der Vorfinanzierung mit den Zwischenzahlungen oder den Zahlungen von Restbeträgen, die gemäß der Finanzhilfevereinbarung an den Begünstigten geleistet werden.

Dieses Erfordernis gilt nicht für:

- öffentliche Einrichtungen und internationale Organisationen des öffentlichen Rechts, die durch zwischenstaatliche Vereinbarungen eingerichtet wurden, sowie deren Sonderagenturen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften.
- Begünstigte, die eine Partnerschaftsrahmenvereinbarung unterzeichnet haben, können von dieser Verpflichtung ebenfalls entbunden werden.

## **12. BEKANNTMACHUNG**

### **12.1 Verantwortlichkeiten der Begünstigten**

Die Begünstigten müssen in allen Veröffentlichungen bzw. im Zusammenhang mit Aktivitäten, für die die Finanzhilfe verwendet wird, deutlich auf den Beitrag der Europäischen Union hinweisen.

Diesbezüglich sind die Begünstigten gehalten, in allen im Rahmen des kofinanzierten Projekts erstellten Veröffentlichungen, Aushängen, Programmen und anderen Produkten den Namen und das Logo der Europäischen Kommission deutlich sichtbar aufzuführen.

Hierbei sind der Text, das Logo und der Haftungsausschluss zu verwenden, die unter [http://eacea.ec.europa.eu/uber-eacea/visuelle-identitat\\_de](http://eacea.ec.europa.eu/uber-eacea/visuelle-identitat_de) zur Verfügung stehen.



Kommt der Begünstigte dieser Verpflichtung nicht umfassend nach, so kann die Finanzhilfe entsprechend den Bestimmungen der Finanzhilfevereinbarung gekürzt werden.

## **12.2 Verantwortlichkeiten der Agentur und/oder der Kommission**

Mit Ausnahme der natürlichen Personen bewilligten Stipendien und anderer direkter Unterstützung für bedürftige natürliche Personen werden alle Informationen in Verbindung mit den im Laufe eines Haushaltsjahres gewährten Finanzhilfen auf der Website der Organe der Europäischen Union bis spätestens 30. Juni des Jahres veröffentlicht, das auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Finanzhilfen bewilligt wurden.

Die Agentur und/oder die Europäische Kommission veröffentlichen die folgenden Informationen:

- Name des Begünstigten;
- Sitz des Begünstigten: wenn es sich bei dem Begünstigten um eine juristische Person handelt, die Adresse; wenn es sich bei dem Begünstigten um eine natürliche Person handelt, die Region gemäß der Definition auf NUTS-2-Ebene,<sup>21</sup> falls der Begünstigte in der EU ansässig ist, oder eine gleichwertige Angabe, falls der Begünstigte außerhalb der EU ansässig ist;
- Betrag der gewährten Finanzhilfe;
- Art und Gegenstand der Finanzhilfe.

Auf ein hinreichend begründetes und mit entsprechenden Belegen untermauertes Ersuchen des Begünstigten hin kann auf die Bekanntmachung verzichtet werden, sofern die Offenlegung die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützten Rechte und Freiheiten der betreffenden natürlichen Personen bedrohen oder den geschäftlichen Interessen der Begünstigten schaden würde.

## **12.3 Kommunikation und Verbreitung**

Um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, sollte für die Projekte eine klare und überzeugende Kommunikations- und Verbreitungsstrategie in Bezug auf die Projektaktivitäten und Projektergebnisse erarbeitet werden, und Antragsteller müssen hinreichend Zeit und Ressourcen für Kommunikation und Austausch mit Kollegen, Publikum und lokalen Gemeinschaften vorsehen.

Die Begünstigten sind gemäß der Finanzhilfevereinbarung verpflichtet, eine für die Öffentlichkeit bestimmte Zusammenfassung bzw. einen Bericht in englischer Sprache mit Informationen über ihre Arbeit und die Ergebnisse ihres Projekts zu erstellen. Die für die Öffentlichkeit bestimmte Zusammenfassung bzw. der Bericht sind in den Abschlussbericht mit aufzunehmen, der der Agentur vorzulegen ist, und wird nach der Genehmigung übermittelt und automatisch in der von der Europäischen Kommission betriebenen Verbreitungsplattform (<http://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/projects/>) veröffentlicht. Der Bericht kann von der Kommission für die Bereitstellung von Informationen über die Projektergebnisse verwendet werden. Darüber hinaus können die Begünstigten die Projektergebnisse auf die Verbreitungsplattform hochladen.

Die Europäische Kommission kann – gemeinsam mit der Agentur – bewährte Vorgehensweisen ermitteln und relevante Materialien zur Verbreitung innerhalb aller teilnehmenden Länder und darüber hinaus erstellen.

Daten und Ergebnisse der Projekte werden Interessengruppen, politischen Entscheidungsträgern und anderen Akteuren auf unterschiedlichste Weise kostenlos zugänglich gemacht.

---

<sup>21</sup> Amtsblatt der Europäischen Union L 39 vom 10.2.2007.

Die Begünstigten können zur Teilnahme und Mitwirkung an Veranstaltungen der Europäischen Kommission oder der Agentur aufgefordert werden, um sich mit anderen Teilnehmern und/oder politischen Entscheidungsträgern über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Bitte beachten Sie, dass die Finanzhilfe gemäß den Bestimmungen der Finanzhilfevereinbarung gekürzt wird, wenn der Begünstigte diese Vorgabe nicht umfassend erfüllt.

### **13. DATENSCHUTZ**

Alle personenbezogenen Daten (Namen, Adressen, Lebensläufe usw.) werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet.<sup>22</sup>

Der Antragsteller hat alle nicht als optional gekennzeichneten Fragen im Antragsformular zu beantworten, damit der Finanzhilfeantrag gemäß der Leistungsbeschreibung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bewertet und weiterverarbeitet werden kann. Personenbezogene Daten werden ausschließlich zu diesem Zweck von der Abteilung oder dem Referat verarbeitet, die bzw. das für das jeweilige Finanzhilfeprogramm der Europäischen Union zuständig ist (für die Verarbeitung der Daten verantwortliche Stelle). Personenbezogene Daten können, wenn deren Kenntnis notwendig ist, an Dritte weitergegeben werden, die an der Bewertung der Anträge oder am Verwaltungsverfahren für die Gewährung der Finanzhilfe beteiligt sind. Dies erfolgt unbeschadet der Weitergabe an Einrichtungen, die gemäß dem Recht der Europäischen Union für Überwachungs- und Prüfungsaufgaben zuständig sind. Insbesondere können personenbezogene Daten zum Zwecke der Wahrung der finanziellen Interessen der Union internen Auditdiensten, dem Europäischen Rechnungshof, dem Fachgremium für finanzielle Unregelmäßigkeiten oder dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie zwischen den Anweisungsbefugten der Kommission und den Exekutivagenturen übermittelt werden. Der Antragsteller hat das Recht, Auskunft über die ihn betreffenden Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken. Bei Fragen zu diesen Daten wird der Antragsteller gebeten, sich an die für die Verarbeitung verantwortliche Stelle zu wenden. Antragsteller können sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden. Eine ausführliche Datenschutzerklärung, einschließlich Kontaktdaten, kann auf der Website der EACEA aufgerufen werden:

[https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/privacy\\_statement-eacea\\_grants.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/privacy_statement-eacea_grants.pdf)

Antragsteller und, falls es sich um juristische Personen handelt, Personen, die Mitglieder des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans des Antragstellers sind oder über entsprechende Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse verfügen, bzw. natürliche oder juristische Personen, die unbeschränkt für die Schulden des Antragstellers haften, werden darauf hingewiesen, dass ihre personenbezogenen Daten (Name, Vorname von natürlichen Personen, Anschrift, Rechtsform sowie Name und Vorname der Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnissen bei juristischen Personen) vom Anweisungsbefugten der Agentur im Früherkennungs- und Ausschlusssystem (EDES) gespeichert werden können, falls eine der Situationen nach der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 PE/13/2018/REV/1 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1-222) auf sie zutrifft.

<sup>22</sup> Amtsblatt der Europäischen Union L 8 vom 12.1.2001.

## **14. EINREICHUNG UND AUSWAHLVERFAHREN FÜR ANTRÄGE**

### **14.1 Veröffentlichung**

Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird im Amtsblatt der Europäischen Union und auf der Website der EACEA unter folgender Adresse veröffentlicht:

[https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de)

### **14.2 Registrierung im Teilnehmerportal**

Vor der Einreichung eines elektronischen Antrags müssen die Antragsteller (Projektleiter und Partner) ihre Organisation über das Teilnehmerportal Bildung, Audiovisuelles, Kultur, Bürgerschaft und Freiwilligenarbeit („Participant Portal“) registrieren und erhalten einen Teilnehmeridentifikationscode („Participant Identification Code“, PIC). Der PIC ist im Antragsformular anzugeben.

Das Teilnehmerportal dient der Verwaltung aller rechtlichen und finanziellen Informationen über die Organisationen. Informationen zur Registrierung sind im Portal unter folgender Adresse abrufbar: <http://ec.europa.eu/education/participants/portal>.

Über das Teilnehmerportal können die Antragsteller außerdem verschiedene Dokumente zu ihrer Organisation hochladen. Diese Unterlagen müssen nur einmal hochgeladen werden und werden bei späteren Anträgen derselben Organisation nicht erneut verlangt.

Genaue Angaben zu den Belegunterlagen, die über das Portal hochzuladen sind, finden sich in Anhang 2 und im Leitfaden für Antragsteller, der unter folgender Adresse veröffentlicht wurde: [https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de).

### **14.3 Einreichung eines Finanzhilfeantrags**

Anträge müssen gemäß den in Abschnitt 5 dargelegten Zulässigkeitsvoraussetzungen bis zu dem in Abschnitt 3 angegebenen Termin eingereicht werden und dort eingehen: **11. Dezember 2018, 12.00 Uhr MEZ (mittags, Ortszeit Brüssel)**.

Anträge müssen über das Online-Antragssystem eingereicht werden. Finanzhilfeanträge sind in einer der Amtssprachen der EU unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Online-Formulars (eForm) zu stellen.

Die Antragsteller werden gebeten, sich unter der Internetadresse <https://eacea.ec.europa.eu/PPMT/> anzumelden und das Verfahren für die Einreichung von Anträgen zu befolgen. Die Online-Antragsformulare (eForm) können unter dem gleichen Link abgerufen werden.

Zu beachten ist, dass Anträge, die am Schlusstag nach 12.00 Uhr (MEZ/MESZ) eingehen, abgelehnt werden<sup>23</sup>. Die Antragsteller werden nachdrücklich ersucht, mit der Einreichung ihres Antrags nicht bis zum letzten Tag zu warten.

---

<sup>23</sup> Bitte beachten Sie, dass das elektronische Formular (eForm) validiert und vor Ablauf der Frist eingereicht werden muss (vergewissern Sie sich, dass Sie eine Eingangsnummer und per E-Mail eine Empfangsbestätigung für die Einreichung Ihres Antrags erhalten haben). Bitte vergewissern Sie sich, dass Sie mit dem Näherrücken der Frist im Fall von technischen Problemen vor Ablauf der Frist (siehe Leitfaden für Antragsteller) Unterstützung beantragen. Anträge, die nicht fristgerecht oder in einer anderen Form als der Einreichung des elektronischen Formulars online eingereicht werden, werden automatisch abgelehnt. Ausnahmen sind nicht möglich.

In anderer Form eingereichte Anträge sind nicht zulässig. Anträge, die auf anderem Weg übermittelt werden, werden automatisch abgelehnt. Ausnahmen sind nicht möglich.

Antragsteller sollten sich vergewissern, dass sie das elektronische Antragsformular offiziell eingereicht und per E-Mail eine Empfangsbestätigung für die Einreichung erhalten haben. Antragsteller müssen sicherstellen, dass dem elektronischen Formular (eForm) alle verlangten und dort aufgeführten Unterlagen beigelegt sind.

Nach Ablauf der Einreichungsfrist dürfen an den Anträgen keine Änderungen mehr vorgenommen werden. Falls jedoch Klärungsbedarf besteht oder sachliche Fehler berichtigt werden müssen, kann sich die Agentur hierzu während des Bewertungsverfahrens mit dem Antragsteller in Verbindung setzen.

Nur Anträge, die die Förderkriterien erfüllen, kommen für eine Finanzhilfe in Betracht. Wird ein Antrag als nicht förderfähig eingestuft, erhält der Antragsteller eine entsprechende Mitteilung unter Angabe der Gründe.

Nach Abschluss des vorstehend beschriebenen Bewertungsverfahrens ist das Auswahlverfahren beendet, und es wird die Entscheidung über die Gewährung einer Finanzhilfe von der Agentur getroffen.

Alle Antragsteller werden per E-Mail mit Empfangsbestätigung über die Ergebnisse des Auswahlverfahrens unterrichtet.

Bei nicht erfolgreichen Antragstellern wird in der Mitteilung begründet, warum ihr Antrag nicht ausgewählt wurde.

Nach der Benachrichtigung der Antragsteller wird die Liste der ausgewählten Vorschläge auf der Website der Kommission-Agentur unter folgender Internetadresse veröffentlicht: [http://eacea.ec.europa.eu/kreatives-europa/ergebnisse\\_de](http://eacea.ec.europa.eu/kreatives-europa/ergebnisse_de)

#### **14.4 Geltende Rechtsvorschriften**

Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 PE/13/2018/REV/1 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1–222).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2014-2020) betreffend die Umsetzung eines Unterstützungsprogramms für den europäischen Kreativsektor (Kreatives Europa), einschließlich der Berichtigung vom 27.6.2014 (ABl. L 189, S. 260).

## 14.5 Kontaktdaten

Weitere Informationen erteilt die für das Programm Kreatives Europa zuständige Stelle:

[https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/contact\\_de](https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/contact_de)

Kontaktadresse innerhalb der Agentur:

[EACEA-CREATIVE-EUROPE-COOPERATIONPROJECTS@ec.europa.eu](mailto:EACEA-CREATIVE-EUROPE-COOPERATIONPROJECTS@ec.europa.eu)

Anhänge:

1. Glossar
2. Erforderliche Unterlagen – Checkliste

**Im Rahmen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen EACEA 34/2018 geltende Begriffsbestimmungen**

**Assoziierte Partner:** Neben den Organisationen, die offiziell an den Aktivitäten teilnehmen und als Partner gelten, können an einem Projekt auch Organisationen aus dem öffentlichen oder privaten Sektor mitwirken, die einen Beitrag zur Umsetzung spezifischer Projektaufgaben/-aktivitäten leisten oder die Verbreitung und Nachhaltigkeit des Projekts unterstützen. Diese Organisationen können als „assozierte Partner“ bezeichnet werden. Für Fragen der Vertragsabwicklung gelten diese Organisationen nicht als zu den Projektpartnern gehörig und erhalten auch keine EU-Mittel. Die Beteiligung und die Funktionen assoziierter Partner im Zusammenhang mit den verschiedenen Tätigkeiten im Rahmen eines Projekts müssen jedoch klar beschrieben werden. Es sollte klar sein, wie assoziierte Partner bei den geplanten Aktivitäten durch Investitionen in Ressourcen und Wissen einen Mehrwert erbringen können. So können Organisationen, die im Bereich der sozialen Integration von Flüchtlingen und Migranten tätig sind und über entsprechende Fachkompetenz verfügen, insbesondere im Fall von Projekten, die sich mit dem Schwerpunkt D (gemäß Abschnitt 2 dieser Aufforderung) „Interkultureller Dialog und soziale Integration von Migranten und Flüchtlingen“ befassen, dazu angehalten werden, als assoziierter Partner am Projekt mitzuwirken.

**Stipendium:** Ein Stipendium kann als finanzielle Förderung eines Dritten gewährt werden (siehe Punkt 11.1.f des Leitfadens). Ein Stipendium ist eine finanzielle Zuwendung durch eine Einrichtung oder Organisation für Personen oder Gruppen von Personen, die sich die Zahlung der einschlägigen Gebühren in vollem Umfang nicht leisten können. Ein Stipendium kann auch als eine Art von Preis vergeben werden, der leistungsorientiert ist.

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen:** Hierbei handelt es sich um eines der Instrumente zur Umsetzung von EU-Programmen. Eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird jährlich veröffentlicht und legt eine Reihe von Aspekten fest: die verfolgten Ziele und den Jahreshaushalt für die Art der betreffenden Unterstützungsmaßnahme; die Förderfähigkeits-, Ausschluss-, Auswahl- und Vergabekriterien sowie die einzureichenden relevanten Belege; die Bedingungen für den Erhalt einer Finanzhilfe von der EU; die Bedingungen für die Einreichung von Vorschlägen; mögliche Starttermine für kofinanzierte Maßnahmen und den Zeitplan für das Vergabeverfahren. Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen werden auf der Website der Organe und Einrichtungen der EU veröffentlicht. Die dort veröffentlichten Bedingungen sind rechtsverbindlich. Für das Programm Kreatives Europa bildet der vorliegende Leitfaden die Grundlage für diese Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen.

**Kommunikation:** umfasst Informations- und Werbeaktivitäten zur Sensibilisierung und Verbesserung der Sichtbarkeit der Projektaktivitäten nach außen.

**Sachleistungen:** Bei Sachleistungen handelt es sich um jede Art von Sacheinlagen des Projektleiters, der Partner oder Dritter für das Projekt, die einen messbaren Barwert haben können und nicht vom Projektleiter oder einem der Partner bezahlt werden (d. h. Kosten, die nicht buchhalterisch erfasst werden). Es kann sich um Leistungen in Form von langlebigen Investitionsgütern und Ausrüstungen, der Bereitstellung von Räumlichkeiten, Rohmaterial, unentgeltlicher ehrenamtlicher Arbeit einer Privatperson oder juristischen Person oder von Personal handeln, das von einer anderen Organisation (als der des Projektleiters oder der Partner) abgestellt und von dieser bezahlt wird. Sachleistungen sind nicht förderfähig.

**Kooperationsvereinbarung:** Die Kooperationsvereinbarung ist ein Rechtsdokument, das vom Projektleiter und den Partnern unterzeichnet wird. Die Kooperationsvereinbarung muss in einem der Länder, in denen der Projektleiter oder die Partner ihren Sitz haben (d. h. in einem Land, das am Programm Kreatives Europa teilnimmt), rechtsgültig sein. In der Kooperationsvereinbarung müssen alle rechtlichen und finanziellen Bedingungen der Kooperation zwischen dem Projektleiter und allen

Partnern sowie ihre operativen Zuständigkeiten (und ggf. ihre finanziellen Zuständigkeiten) bei der Durchführung des Projekts festgehalten werden.

Die Agentur stellt hierfür keine Vorlage bereit, die Kooperationsvereinbarung könnte jedoch folgende Informationen enthalten:

- eine eindeutige Beschreibung der Projektziele;
- eine eindeutige Beschreibung der Aktivitäten, die zum Erreichen dieser Ziele umgesetzt werden;
- eine eindeutige Beschreibung der Rolle und der Verpflichtungen sowohl des Projektleiters als auch der Partner im Hinblick auf die Konzeption und Umsetzung des Projekts, einschließlich der den einzelnen Partnern zugewiesenen Aufgaben;
- eine eindeutige Beschreibung des Haushalts- und Finanzrahmens, einschließlich der Höhe finanzieller Beiträge und der Vorfinanzierungen;
- rechtliche Aspekte, z. B. Vereinbarungslaufzeit, Haftung, Vertragsverletzung, Beendigung der Vereinbarung, geltendes Recht und Streitbeilegung.

**Kultur- und Kreativwirtschaft:** „Kultur- und Kreativsektor: alle Sektoren, deren Aktivitäten auf kulturellen Werten und/oder künstlerischen oder anderen kreativen Ausdrucksformen beruhen, unabhängig davon, ob diese Aktivitäten marktorientiert sind oder nicht, und unabhängig von der Art der Einrichtung, die sie durchführt, sowie unabhängig davon, wie diese Einrichtung finanziert wird; zu diesen Aktivitäten zählen Entwicklung, Entwurf, Produktion, Verbreitung und Erhaltung von Waren und Dienstleistungen, die für kulturelle, künstlerische oder andere kreative Ausdrucksformen stehen, sowie damit verbundene Funktionen wie Ausbildung oder Management; zum Kultur- und Kreativsektor zählen unter anderem Architektur, Archive, Bibliotheken und Museen, Kunsthandwerk, der audiovisuelle Bereich (einschließlich Film, Fernsehen, Videospiele und Multimedia), das materielle und immaterielle Kulturerbe, Design, Festivals, Musik, Literatur, darstellende Kunst, Verlagswesen, Radio und bildende Kunst“ (Artikel 2 der Verordnung zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa).

**Verbreitung** ist ein geplanter Prozess zur Bereitstellung von Informationen über die Projektergebnisse. Sie findet dann statt, wenn das Ergebnis des Projekts und seiner Aktivitäten vorliegt.

Für eine wirksame Verbreitung von Ergebnissen muss zu Beginn des Projekts ein angemessener Prozess konzipiert werden. Dieser sollte sich auf die Frage beziehen, weshalb, was, wie, wann, an wen und wo die Verbreitung der Ergebnisse sowohl während als auch nach Ablauf des Förderzeitraums stattfinden soll. Die Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen sollten einen entscheidenden Bestandteil aller Kommunikationstätigkeiten darstellen, die während der Projektlaufzeit stattfinden.

**Förderzeitraum:** Der Zeitraum, in dem förderfähige Kosten anfallen dürfen. Er ist in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt.

**Europäischer Mehrwert:** Europäischer Mehrwert kommt ergänzend zu dem durch die Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten geschaffenen Wert hinzu. Er kann sich aus unterschiedlichen Faktoren ergeben, beispielsweise eine bessere Koordinierung, Rechtssicherheit, mehr Effizienz oder Komplementaritäten. Er ist Ausdruck einer größeren europäischen Relevanz und Bedeutung der Maßnahme im Hinblick auf die Präsentation von Modellen und Mechanismen, die nicht nur regional oder national, sondern auch EU-weit angewandt werden können. Europäischer Mehrwert kann beispielsweise über die Förderung bewährter Vorgehensweisen, über Größenvorteile, Vernetzung usw. geschaffen werden.

**Auswirkung** ist der Einfluss, den die durchgeführte Aktivität und ihre Ergebnisse auf Menschen, Vorgehensweisen, Organisationen und Systeme ausüben. Mithilfe der Pläne zur Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen kann der Einfluss der entwickelten Aktivitäten maximiert werden, damit sie sich auf die unmittelbaren Teilnehmer und Partner für die kommenden Jahre auswirken. Dabei sollten auch die Vorteile für die anderen Begünstigten berücksichtigt werden, um noch mehr zu bewirken und den größten Nutzen aus dem Projekt zu ziehen.

**Beauftragungsschreiben:** Das Beauftragungsschreiben ist ein Schreiben einer Partnerorganisation, mit dem ihre Teilnahme an einem Kooperationsprojekt bestätigt wird (es ist die Originalunterschrift des gesetzlichen Vertreters oder eine gleichwertige Unterschrift erforderlich) und mit der sie dem Projektleiter die rechtmäßige Befugnis überträgt, im Rahmen dieses Kooperationsprojekts in ihrem Namen zu handeln. Wird das Projekt ausgewählt, wird das Schreiben der Finanzhilfvereinbarung als Anhang beigelegt.

**Wirkung/Ergebnis:** ein immaterieller Mehrwert, der durch die Verwirklichung der Projektziele und -vorgaben erzielt wird. Normalerweise lässt sich ein solcher Mehrwert nicht quantifizieren, unabhängig davon, ob er sich auf konkrete Ereignisse und Maßnahmen, Inhalte oder Methoden bezieht oder eher abstrakte Folgen hat, wie etwa eine verstärkte Sensibilisierung, bessere Kompetenzen oder verbesserte Fähigkeiten. Der Begriff umfasst aber auch Kenntnisse und Erfahrungen, die die am Projekt beteiligten Teilnehmer, Partner oder andere Beteiligte erwerben.

**Produkte/Leistungen:** ein greifbares Produkt, das im Rahmen eines bestimmten Projekts erzeugt wird und das quantifizierbar ist; Leistungen können zugängliche Produkte sein wie künstlerische Inszenierungen, Schauen, Festivals, Ausstellungen, Berichte, Veranstaltungen o. ä.

**Partner:** Die Partner sind Organisationen, die im Kultur- und Kreativsektor gemäß Artikel 2 der Verordnung Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa aktiv sind und ihren Sitz in einem der Länder haben, die am Programm Kreatives Europa teilnehmen, und dort offiziell registriert sind. Die Partner sind konkret und umfassend an der Konzeption, Umsetzung und Finanzierung des Projekts beteiligt. Die reine – vertragliche oder nicht vertragliche – Erbringung von Dienstleistungen oder Lieferung von Waren im Zusammenhang mit dem Projekt entspricht nicht der Definition eines Partners. Die Partner, die am Kooperationsprojekt teilnehmen, übertragen dem Projektleiter die rechtmäßige Befugnis, im Rahmen des Kooperationsprojekts in ihrem Namen zu handeln.

**Projektleiter (Koordinator):** Ein Projektleiter ist eine Kulturorganisation, die im Kultur- und Kreativsektor gemäß Artikel 2 der Verordnung Nr. 1295/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa aktiv ist und ihren Sitz in einem Land hat, das am Programm Kreatives Europa teilnimmt, dort offiziell registriert ist und bei der Umsetzung des Projekts als Koordinator fungiert. Diese Rolle umfasst die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Aktivitäten gemäß der Finanzhilfvereinbarung sowie eine konkrete und umfassende Beteiligung an der Konzeption, Umsetzung und Finanzierung des Projekts. Der Projektleiter reicht den Antrag im Namen aller Partner bei der Agentur ein und fungiert als gesetzlicher Mitunterzeichner der Finanzhilfvereinbarung.

**Öffentliche Einrichtung:** Hierbei handelt es sich um eine Stelle des öffentlichen Sektors oder einen Rechtsträger des privaten Rechts, die/der eine Aufgabe des öffentlichen Dienstes erfüllt und geeignete finanzielle Sicherheiten bietet. Stelle des öffentlichen Sektors bezeichnet den Staat, die regionale oder lokale Verwaltung oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, die im Auftrag des Staates handeln und dessen Kontrolle bzw. Verantwortung unterliegen.

**Ergebnisse** sind die Erfolge eines von der EU geförderten Projekts. Die Art des Ergebnisses hängt von der Art des Projekts ab. Ergebnisse können als Produkte/Leistungen oder als Wirkung/Ergebnis eingestuft werden.

**Untervergabe** bedeutet, dass eine oder mehrere Organisationen/Unternehmen im Anschluss an ein Vergabeverfahren als Auftragnehmer zur Durchführung konkreter Aufgaben oder Aktivitäten beauftragt wird/werden, die Teil der Maßnahme gemäß Beschreibung im Vorschlag sind.

**Nachhaltigkeit** ist die Fähigkeit des Projekts, über das Ende des Förderzeitraums hinaus weiter Ergebnisse zu erzielen und zu nutzen. Nachhaltigkeit sollte sich in der Projektkonzeption niederschlagen, d. h. in seiner Vision und seinen Aktivitäten sowie in der Kommunikationsstrategie und der Partnerschaft.



Anschließend können die Projektergebnisse längerfristig, etwa über Vermarktung, Akkreditierung oder Mainstreaming (durchgängige Berücksichtigung), genutzt und verwertet werden. Möglicherweise sind nicht alle Teile des Projekts bzw. nicht alle Ergebnisse nachhaltig, und es ist wichtig, die Verbreitung und Nutzung als Weiterentwicklung zu sehen, die über die Laufzeit des Projekts hinaus bis in die Zukunft reicht.

## Anhang 2 – Obligatorische Dokumente – Checkliste

**Dem elektronischen Antragsformular sind alle im Folgenden aufgeführten obligatorischen Dokumente beizufügen. Anträge, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden abgelehnt.**

**Hinweis:** Bei zu unterzeichnenden Dokumenten ist die Unterschrift des gesetzlichen Vertreters der antragstellenden Organisation **erforderlich**. Für mit dem Symbol \*gekennzeichnete Dokumente stehen **zwingend** zu verwendende Vorlagen zur Verfügung unter: [https://eacea.ec.europa.eu/node/5792\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/node/5792_de)

### Anlagen zum elektronischen Formular (eForm):

- ☐ **Ausführliche Projektbeschreibung\*** Bitte beachten Sie, dass Teil A der „Ausführlichen Projektbeschreibung“ nicht länger als 30 Seiten (3 000 Zeichen à A4-Seite, Schriftgröße 11) sein darf. Teil A des Dokuments wird nach Überschreitung der Seitenbegrenzung von 30 Seiten nicht bewertet.

- ☐ **Ehrenwörtliche Erklärung\*** und **Vollmachten\***
- Unterzeichnete und ordnungsgemäß ausgefüllte **Ehrenwörtliche Erklärung** \* (nur Projektleiter)
  - Vom gesetzlichen Vertreter jedes Partners ordnungsgemäß ausgefülltes und unterzeichnetes **Beauftragungsschreiben\***

- ☐ **Finanzplan\*** (Excel oder Open Office)

### Über das Teilnehmerportal hochzuladende Unterlagen:

- ☐ Unterzeichnetes und ordnungsgemäß ausgefülltes Formular „**Rechtsträger**“\* und die erforderlichen Anlagen (Projektleiter und Partner)

### Vom Projektleiter zu erstellende und auf Anfrage unverzüglich vorzulegende Unterlagen (diese Unterlagen müssen NICHT zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags vorgelegt werden):

- ☐ Zum Nachweis der **rechtlichen Existenz** des Projektleiters und jedes Partners und **ihrer Tätigkeit in der Kultur- und Kreativwirtschaft**:
- **Private Einrichtung:** Auszug aus dem Amts- oder Gesetzblatt, Kopie der Satzung, Auszug aus dem Handels- oder Vereinsregister, Nachweis über die Umsatzsteuerpflicht (sind Handelsregister- und Umsatzsteuernummer identisch, wie dies in einigen Ländern der Fall ist, wird nur eines dieser Dokumente benötigt)
  - **Öffentliche Einrichtung:** Kopie der Entschließung oder Entscheidung zur Gründung des öffentlichen Unternehmens oder ein anderes amtliches Dokument zur Gründung der öffentlich-rechtlichen Einrichtung

- ☐ Kopien der **Tätigkeitsberichte** des Projektleiters und jedes Partners der letzten zwei Jahre

- ☐ Vom gesetzlichen Vertreter eines jeden Partners und vom gesetzlichen Vertreter des Projektleiters unterzeichnete **Kooperationsvereinbarung**

Unterlagen, die <u>nur</u> von den ausgewählten Antragstellern einzureichen sind
<input type="checkbox"/> Unterzeichnetes und ordnungsgemäß ausgefülltes Formular „ <b>Finanzangaben</b> “* und die erforderlichen Anlagen (nur Projektleiter)
<input type="checkbox"/> <b>Jahresabschlüsse</b> nur des Projektleiters (einschließlich Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen) für die letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahre (nur bei Finanzhilfen von mehr als 60 000 EUR) ( <i>nicht erforderlich für öffentliche Einrichtungen</i> )
<input type="checkbox"/> Von einem zugelassenen externen Rechnungsprüfer erstellter <b>Prüfbericht</b> , der die Rechnungslegung des Projektleiters und ggf. der einzelnen Partner für das letzte verfügbare Geschäftsjahr bescheinigt ( <b>nur bei Finanzhilfen von mehr als 750 000 EUR</b> ) ( <i>nicht erforderlich für öffentliche Einrichtungen</i> )